

Budget und Wahlkampfausgaben der Lokalparteien in der Schweiz

SVP Feuerthalen-Langwiesen CVP Bassersdorf SP Rheinau SVP Weisslingen CVP EVP
Wiesendangen Greifensee FDP Hettlingen SVP Elgg CVP Winterthur SP Köniz Grüne Freie
Liste Burgdorf FDP Sektion Erlach PS Sezione di Biasca Parti Socialiste Colombier FDP
Saas Grund PLS de Corcelles-Cormondiech FDP Nunnigen SVP Guntdingen SVP
Neuhausen am Rheinfall SP Will Section de Neyruz du Parti Socialiste SP Oberbuchsitte
CVP Unterägeri PS Villars-sur-Glane CSP Tafers FDP Holderbank CVP Wauwil FDP
Willisau CVP Altdorf CVP Grossdietwil Evangelische Volkspartei Thun SP Jens FDP Stadt
Zug CVP Stadt Olten FDP Prattel Partis socialiste et symathisants FDP Twann SVP Reutigen
SP Zäzwil CVP Adligenswil FDP Bürglen SVP Sektion Wyssachen CVP Sektion
Zwieselsberg SP Meiringen-Oberhasli CVP Stadt Luzern CVP Einsiedeln FDP Rapperswil
CVP Stadt Luzern Parti Démocraté Chrétien de la vill de Ramont SP Glarus PS de la ville de
Fribourg SVP Schaffhausen hh Parti radical romand Nidau FDP Scoul Tasna Partito Populare
Democratico SP Davos PRD de Nyon SP Sissach FDP Schnottwil CVP Stans FDP Pfäffikon

Grosse Seminararbeit

zum Seminar „Politische Parteien im Wandel - Lokalparteien“

Eingereicht im September 2003 bei Prof. Andreas Ladner, Institut
für Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche
Fakultät der Universität Bern



Martina Schläpfer, 99-115-917, Polygonstrasse 69, 3014 Bern

Inhaltsverzeichnis

<i>Tabellenverzeichnis</i>	3
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	4
1 Einleitung	5
2 Die Finanzen der Schweizer Parteien auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene	7
2.1 <i>Die finanzielle Verflechtung zwischen den Parteebenen</i>	9
3 Das Budget der Lokalparteien in der Schweiz	10
3.1 <i>Das Budget der Lokalparteien im Jahre 1989</i>	11
3.2 <i>Das Budget der Lokalparteien im Jahre 2003</i>	13
3.3 <i>Das Budget der Lokalparteien im Vergleich zwischen 1989 und 2003</i>	16
4 Die Wahlkampfausgaben der Lokalparteien in der Schweiz	19
4.1 <i>Die Wahlkampfausgaben der Lokalparteien im Vergleich zwischen 1989 und 2003</i>	20
5 Hypothesen zu den Determinanten der Budgethöhe und der Höhe der Wahlkampfausgaben	22
5.1 <i>Strukturelle Faktoren der Gemeinde</i>	22
5.2 <i>Strukturelle Faktoren der Partei</i>	25
5.3 <i>Faktoren des politischen Systems</i>	28
6 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe des Budgets	32
6.1 <i>Bivariate Zusammenhänge</i>	32
6.2 <i>Multivariates Regressionsmodell</i>	34
7 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe der Wahlkampfausgaben	36
7.1 <i>Bivariate Zusammenhänge</i>	36
7.2 <i>Multivariates Regressionsmodell</i>	38
8 Schlussfolgerungen	40
Bibliographie	42
Anhang	44
1. <i>Operationalisierung</i>	44
2. <i>Die Befragung</i>	45
3. <i>Der Fragebogen aus dem Jahr 2003</i>	46

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 2.1: Die Ausgaben der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien in Mio. Franken (nicht teuerungsbereinigt)</i>	8
<i>Tabelle 3.1: Budget in einem Nicht-Wahljahr nach Gemeindegrösse 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)*</i>	11
<i>Tabelle 3.2: Budget in einem Wahljahr nach Gemeindegrösse 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)*</i>	12
<i>Tabelle 3.3: Budget in einem Nicht-Wahljahr nach Gemeindegrösse 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)*</i>	13
<i>Tabelle 3.4: Budget in einem Wahljahr nach Gemeindegrösse 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)*</i>	14
<i>Tabelle 3.5: Ausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)</i>	15
<i>Tabelle 3.6: Ausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)</i>	15
<i>Tabelle 3.7: Entwicklung der Budgets der Lokalparteien von 1989-2002 (durchschnittliche Beträge in Franken in einem Wahljahr)</i>	16
<i>Tabelle 5.1: Zahl der Kommunalparteien (in Prozentwerte) aufgeschlüsselt nach Gemeindegrösse und Wahlkampfausgaben pro Stimmberechtigten in einem Wahljahr 2003</i>	23
<i>Tabelle 5.2: Wahlkampfausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)</i>	27
<i>Tabelle 5.4: Die postulierten Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen und der Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person</i>	30
<i>Tabelle 5.3: Die postulierten Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen und der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person</i>	31
<i>Tabelle 6.1: Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person und Einflussfaktoren (Bivariate Zusammenhänge)</i>	33
<i>Tabelle 6.2: Zur Erklärung der Budgethöhe pro stimmberechtigter Person (Ergebnisse der multivariaten Regression)</i>	34
<i>Tabelle 7.1: Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person und Einflussfaktoren (Bivariate Zusammenhänge)</i>	37
<i>Tabelle 7.2: Zur Erklärung der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person (Ergebnisse der multivariaten Regression)</i>	38
<i>Tabelle Anhang: Die Stichproben der Befragungen 1989 und 2003/03 (Grundgesamtheit ca. 5'000 Ortsgruppen)</i>	46

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 4.1: Die wichtigsten Ausgabenposten im Vergleich 1989 und 2003 (prozentualer Anteil am Gesamtbudget).....19

Abbildung 5.1: Die wichtigsten Einnahmequellen der Parteien 2003 (prozentualer Anteil am Gesamtbudget)24

1 Einleitung

Politik kostet Geld. Auch in der Schweiz generieren die Parteien trotz des ausgeprägten Milizsystems ein beträchtliches Finanzvolumen. Neben den Ausgaben für die Administration geben die Parteien in der Regel einen beträchtlichen Teil ihres Budgets für den Wahlkampf aus. Brändle (2001: 169) berechnete für die Schweizer Parteien auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene finanzielle Aufwendungen von insgesamt 44 Millionen Franken in einem Nicht-Wahljahr und mehr als 65 Millionen Franken in einem Wahljahr. Mit 12 Millionen Franken in Nicht-Wahljahren und 16 Millionen Franken in Wahljahren weisen die nationalen Parteien – zumindest was die regulären Budgets betrifft – die tiefsten Zahlen auf. Auf kantonaler Ebene sind die grössten Budgets zu finden, die Kantonsparteien haben in Nichtwahljahren bis zu 20 Millionen und in Wahljahren bis zu 34 Millionen Franken zur Verfügung.

Im Zentrum dieser Arbeit stehen jedoch die lokalen Parteien. Mit 12 Millionen in Nicht-Wahljahren und 24 Millionen Franken in Wahljahren verfügen die Ortsparteien mit ihren regulären Budgets über mehr finanzielle Mittel als die nationalen Parteien. Schaller (1994: 228) stellte fest, dass sich die Budgets der Lokalparteien in Wahljahren gegenüber der Budgets in Nicht-Wahljahren verdoppeln. Zudem fliesst fast die Hälfte des Wahljahresbudget in den kommunalen Wahlkampf (Schaller 1994: 233). Viele Autoren sprechen von einer allgemein zunehmenden Professionalisierung der politischen Parteien und damit verbunden von zunehmenden Parteien- und Wahlkampfkosten (Ladner/Brändle 1999), (Brändle 2002), (Mair et al. 1999), (Plasser 2002).

Das Forschungsprojekt „Vierzehn Jahre Politischer Wandel“ von Geser et al (2003) untersucht die Schweizer Lokalparteien auf der Basis empirischer Forschungsergebnisse. Die Ergebnisse stammen aus einer Längsschnittstudie bei 2'500 lokalen Parteisektionen (1989-2003). Die Daten dieser Längsschnittstudie von 1989 und 2003 erlauben es, erstmals einen systematischen Vergleich der finanziellen Situation der Schweizer Ortsparteien zu ziehen.

Aufgrund dieser ausgezeichneten Datenlage und mit Einbezug des bisherigen Forschungsstandes stellen sich bei der Untersuchung der Lokalparteien in der Schweiz folgende zentrale Fragen:

Wie hoch sind die Ausgaben der lokalen Parteien heute? Hat sich die finanzielle Situation der Ortsparteien in den vergangenen Jahren (1989-2003) verändert?

Geben die lokalen Parteien heute prozentual zu ihrem Budget mehr Geld für den Wahlkampf aus als noch vor vierzehn Jahren (1989)?

Bei der Analyse der Budgethöhe und der Ausgaben für den Wahlkampf sind weitere Fragestellungen von Interesse:

Welche Faktoren nehmen Einfluss auf die unterschiedliche Budgethöhe der Parteien? Und welches sind die wichtigsten Einflussgrößen auf die unterschiedlichen Wahlkampfausgaben der Ortsparteien?

Aus früheren Forschungsarbeiten im Bereich der Lokalpolitik von Ladner (1991), Geser et al. (1994) sowie Brändle/Ladner (2001) sind zahlreiche Faktoren bekannt, welche einen Einfluss auf die Struktur und finanzielle Lage der Parteien haben können. In dieser Arbeit werden die strukturellen Faktoren der Gemeinde, die strukturellen Faktoren der Partei sowie die Faktoren des politischen Systems genauer untersucht.

Das methodische Vorgehen stützt sich auf die statistische Auswertungen der Budgethöhe und der Wahlkampfausgaben der Lokalparteien. Die Datengrundlage bildet die Längsschnittstudie bei 2'500 lokalen Parteisektionen (1989 – 2003) von Geser et al. (2003).

Die vorliegende Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Das nächste Kapitel gibt einen kurzen Überblick zum Forschungsstand der finanziellen Situation der Schweizer Parteien auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. Im dritten und vierten Kapitel wird das Budget der Ortsparteien und sowie die Wahlkampfausgaben der Parteien genauer untersucht und die Fragen zu der Veränderung der finanziellen Situation der Lokalparteien werden zu beantworten versucht. Nachdem die Hypothesen zu den wichtigsten Determinanten der Budgethöhe und der Höhe der Wahlkampfausgaben im fünften Kapitel dargelegt werden, folgt die empirische Analyse zu diesen beiden Erklärungsgrößen. Das Ziel der Analysen ist es, die wichtigsten Einflussfaktoren auf die finanzielle Situation der Lokalparteien zu eruieren. In einem letzten Kapitel werden aufgrund der in der Analyse gewonnenen Ergebnisse Schlussfolgerungen gezogen.

2 Die Finanzen der Schweizer Parteien auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene

Die Frage nach den Kosten der Demokratie und somit die Frage, wie viel Politik in der Schweiz insgesamt kostet, wurde in der Vergangenheit schon verschiedentlich zu beantworten versucht. Das Finanzvolumen, welches die nationalen, kantonalen und lokalen Parteien in der Schweiz insgesamt generieren, ist jedoch schwer zu berechnen. Die finanziellen Verhältnisse der Parteien galt lange als ein Thema, das nicht in die Öffentlichkeit gehört. Als einen wichtigen Grund für diese Haltung nennt Brändle (2001: 149) die kaum entwickelte staatliche Finanzierung, welche üblicherweise mit Offenlegungspflicht und somit mit einer erhöhten Transparenz einhergeht. Die Schweiz ist laut Brändle (2002: 13) und Drysch (1998: 73) mit Grossbritannien am Ende des 20. Jahrhunderts der einzige westeuropäische Staat mit einer überwiegend staatsfreien Parteienfinanzierung.

Gruner (1977: 222) errechnete für die nationalen und kantonalen Parteien einen finanziellen Aufwand für das Jahr der Nationalratswahlen 1975 von durchschnittlich 3,25 Mio. Franken. Aufgrund fehlender genauen Zahlen schätzte er einen gleich hohen Betrag für die Wahlen auf kantonaler und kommunaler Ebene. Zu der Summe von 9,75 Mio. Franken Wahlausgaben addierte Gruner 11,27 Mio. Franken Normalausgaben. Insgesamt ergaben Gruners Schätzungen aus dem Jahre 1977 ein Gesamtvolumen der Ausgaben aller nationalen, kantonalen und kommunalen Parteien von rund 25 Mio. Franken pro Jahr. Pro Stimmbürger ergab diese Berechnung laut Gruner (1977: 222) einen Betrag von Fr. 6.70 Parteiausgaben¹.

Nach Schätzungen von Blum (Bericht 1988: 103) ergibt die Addition der durchschnittlichen Parteiaufwendungen aller Funktionsstufen ein Jahresmittel von 21 Millionen Franken.

Aus *Tabelle 2.1* ist ersichtlich, dass es neben den Schätzungen des Gesamtvolumens der Parteiausgaben in der Vergangenheit auch Autoren gab, welche nur die Ausgaben der Parteien auf einer einzelnen Ebene zu berechnen versuchten.

Kriesi (1995: 150) schätzte Ende der achziger Jahre das Gesamtbudget der vier Bundesratsparteien auf 5,6 Millionen Franken.

¹ Für fast die gleiche Zeitperiode (1977-1980) berechnete Nassmacher (1986: 42) folgende „Demokratiekosten“ im internationalen Vergleich: Durchschnittlicher Betrag (von einer Wahlperiode von vier Jahren) pro Wahlberechtigten von 5 DM für Grossbritannien, 7 DM für Kanada, 8 DM für die USA, 9 DM für die Niederlande, 21 DM für die Bundesrepublik Deutschland und 27 DM für Schweden. Mit den von Gruner berechneten Parteikosten von Fr. 6.70 pro Stimmbürger gehörte die Schweiz Ende der siebziger Jahre international gesehen zu den Staaten mit eher geringen Demokratiekosten.

Tabelle 2.1: Die Ausgaben der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien in Mio. Franken (nicht teuerungsbereinigt)

Ebene	Gruner (1977)	Blum (1984)	Kriesi (1995) (Daten von 1989)	Schaller (1994) (Daten von 1989)	Brändle (2001)
Nationale Parteien	-	SP 1,3-1,5 CVP 1,2 FDP 1,2 SVP 0,45-0,5	SP 1,7 CVP 1,6 FDP 1,4 SVP 0,9 Total: 5,6	-	10,5-12 NWJ 14,5-16 WJ
Kantonale Parteien	-	-	-	-	18-20 NWJ 30-34 WJ
Lokale Parteien	-	-	-	12 NWJ	12 NWJ* 20-24 WJ*
Insgesamt	25	21	-	-	40,5-44 NWJ mehr als 64,5-74 WJ
	Durchschnittsjahr (1 WJ und 3 NWJ)				

Die Zahlen beruhen auf folgenden Quellen: Gruner (1977: 222); Blum (Bericht 1988: 103); Kriesi (1995: 150); Schaller (1994: 228) und Brändle (2001: 169).

NWJ: Nichtwahljahr; WJ: Wahljahr; *Daten wurden von Schaller (1994: 228) übernommen.

Mittels einer 1989 durchgeführten Befragung aller Parteipräsidenten auf kommunaler Ebene untersuchte Schaller (1994) das Budget der Schweizer Lokalparteien. Die Ausgaben der knapp 2'000 Lokalparteien, welche bei der Untersuchung Angaben über ihr Budget lieferten, liegen weit über Gruners Schätzungen. Schaller (1994: 228) berechnete eine Gesamtsumme von 12 Millionen Franken für die Kosten der Schweizer Lokalpolitik.

Auch Brändle (2001: 191) betont in seiner Untersuchung, dass alle bisherigen Mutmassungen zum finanzielle Volumen, das von den Parteien aller drei Ebenen generiert wird, bei weitem übertroffen werden. In Nicht-Wahljahren betragen die Gesamtausgaben 40 bis 44 Millionen Franken und in Wahljahren steigen sie bis auf mehr als 60 Millionen Franken. Der grösste Anteil des Finanzvolumens wird dabei auf kantonaler Ebene generiert.

Alle diese Schätzungen geben natürlich längst nicht den ganzen Preis der Politik wieder. Die (Arbeits)-Leistungen der Parteikader und Parteiaktiven, welche ehrenamtlich erbracht werden, und auch die Ausgaben von Kandidierenden und Dritten bei Wahlen und Abstimmungen können nur schwer in Geldwert gemessen werden und sind deshalb in allen Berechnungen nicht einbegriffen.

2.1 Die finanzielle Verflechtung zwischen den Parteebenen

Den kantonalen Parteien stehen im Vergleich zu den lokalen und nationalen Sektionen die grössten Budgets zur Verfügung. Nun ist auch von Interesse, wie die Finanztransfers zwischen den Ebenen aussehen. Nach Brändle (2001: 184) haben die Parteien entsprechend ihrer Organisationsstruktur „mehr oder weniger ausdifferenzierte und regulierte Finanzierungsmechanismen zwischen Lokal-, Kantonal und Bundespartei entwickelt“. Die Lokal- und Kantonalparteien finanzieren sich hauptsächlich aus obligatorischen und freiwilligen Mitgliederbeiträgen, auf nationaler Ebene nimmt der Spendenanteil stark zu. Es gilt also die Regel, je höher die Ebene, desto grösser der Finanzierungsanteil Dritter (Bericht 1988: 8 und Brändle 2001: 184).

Zwischen den Parteien gibt es verschiedene Muster von finanzieller Verflechtung aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstruktur. Brändle (2001: 185) weist in seiner Untersuchung nach, dass mit der stärkeren Formalisierung einer Partei auch die Finanztransfers von der unteren Ebene zur Finanzierung der höheren Ebene zunimmt. Als Beispiel kann die SPS genannt werden, welche ein klar definiertes System der Verteilung der Mitgliederbeiträge kennt. Die Lokalparteien ziehen die Beiträge ein, 60 Prozent der Erträge werden jeweils an die Kantonalpartei weitergeleitet. Diese gibt wiederum zwei Drittel des Betrages an die SP Schweiz weiter. Bei den anderen Bundesratsparteien ist eine vertikale Verflechtung laut dem Autor fast nur ausschliesslich zwischen den Kantonal- und Lokalparteien zu finden. Die Finanztransfers zwischen den Bundes- und Kantonsparteien sind wenig reglementiert, da die Kantonalparteien ihre Finanzierung autonom regeln können und der Bundespartei keine Rechenschaft schuldig sind. So haben die Bundesparteien keinen Zugriff auf ihre Mitglieder in den Kantonen. Brändle (2001:185) nennt als deutlichstes Beispiel dafür die Unabhängigkeit der FDP, bei der die Beiträge der Kantonalparteien nur gerade 1 Prozent des Budgets ausmachen.

Die Finanzierung der Parteebenen ist ansonsten stufengerecht geregelt: Spenden und Mandatsabgaben werden auf jeder Ebene separat eingeholt und verbucht.

Die finanzielle Verflechtung besteht also vor allem zwischen Lokal- und Kantonalparteien, es fliessen Beiträge von den Orts- an die Kantonalparteien. Mit Ausnahme der SP sind zwischen der kantonalen und nationalen Ebene nur schwache finanzielle Beziehungen zu finden.

Nach diesem kurzen Überblick zu den Finanzen der nationalen, kantonalen und lokalen Parteien und den finanziellen Beziehungen zwischen den drei Ebenen soll nun das Budget der lokalen Parteien, dem das Hauptinteresse dieser Arbeit gilt, genauer untersucht werden.

3 Das Budget der Lokalparteien in der Schweiz

Wie hoch sind die Ausgaben der lokalen Parteien heute? Nachdem die Schätzungen zum Budget der Kommunalparteien über zehn Jahre zurückliegen (vgl. *Kapitel 2*) stellt sich die Frage, wie gross das Finanzvolumen der Parteien auf lokaler Ebene im Jahre 2003 ist. Besonders von Interessen ist dabei, ob sich die finanzielle Situation der Ortsparteien in den vergangenen Jahren (1998-2003) verändert hat.

Aufgrund der Datenlage ist es heute erstmals möglich, einen systematischen Vergleich des Budgets der Ortsparteien durchzuführen. *Tabelle 2.1* (vgl. *Kap. 2*) vergleicht zwar die Schätzungen verschiedener Autoren zu den Parteidaten auf den drei Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund. Die unterschiedliche Berechnungsweise dieser Daten lässt jedoch keinen Vergleich zu und es kann nicht eindeutig festgestellt werden, ob die Budgets der Parteien nun gestiegen oder gesunken sind. Die Totalausgaben der kommunalen kantonalen und nationalen Parteien lassen mit den Werten von 25 Mio. aus der Untersuchung 1977, 21 Mio. aus der Untersuchung 1984 und 40-60 Mio. aus der Untersuchung 2001 (vgl. *Tab. 2.1*) keinen eindeutigen Trend ausmachen. So kann z.B. ein Grund für die hohen Werte der Untersuchung Brändle (2001) der Fakt sein, dass es je länger je einfacher ist, genaue Schätzungen der Parteidaten zu machen. Weiter muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass auch allgemeine gesamtwirtschaftliche Indikatoren wie das Bruttosozialprodukt oder die Einkommen im Verlauf der Zeit steigen.

Auch Brändle (2001: 149) ging der Frage nach, ob die Parteidaten im Verlauf der Jahre ab oder zugenommen haben. Er untersuchte jedoch die Situation auf kantonaler Ebene. Die Resultate seiner Befragung sind nicht eindeutig, tendenziell deuten die Einschätzungen der kantonalen Parteien eher auf abnehmende oder stagnierende Finanzen hin. Aufgrund der finanziellen Verflechtung zwischen Lokal- und Kantonalparteien – es fliessen zum Teil grössere Beiträge von den Orts- zu den Kantonalparteien (vgl. *Kap 2.1*) – kann angenommen werden, dass die Tendenz der abnehmenden und stagnierenden Finanzen schon auf lokaler Ebene beginnt. Die Untersuchung Brändle (2001) impliziert somit folgende Hypothese:

H1: Die lokalen Parteien haben im Jahr 2003 eher weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als vierzehn Jahre zuvor (1989).

3.1 Das Budget der Lokalparteien im Jahre 1989

Erste systematisch erhobene Zahlen zum Budget der lokalen Parteien in der Schweiz präsentierte Schaller (1994), wobei er die Daten der erstmals gesamtschweizerisch durchgeführten Befragung aller lokalen Parteipräsidien von Geser et al. (1994) entnahm (vgl. *Tabelle 2.1*). Schaller (1994: 228) berechnete für die Lokalparteien in der Schweiz ein durchschnittliches Normalbudget von 3'100 Fr. für das Befragungsjahr 1989. Diese Zahl muss jedoch laut dem Autor mit Vorsicht genossen werden. Gerade die Lokalparteien arbeiten mit Ressourcen, die nicht im Budget erscheinen. Die Lokalparteien verfügen, die grossen Städte ausgenommen, über keinen professionellen Apparat. So arbeiten unzählige Parteiaktivisten unentgeltlich in ihren Ortsparteien, und die lokalen Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen bewältigen diejenige Arbeit in ihrer Freizeit, welche auf höheren Ebenen von den Parteisekretariaten übernommen wird. Es muss deshalb gleich zu Beginn dieser Untersuchung festgehalten werden, dass die nachfolgenden Zahlen und Berechnungen nie den ganzen Preis der Politik wiedergeben.

Nun konzentrieren wir uns jedoch auf die erfassten Ausgaben der lokalen Parteien aus der Befragung von 1989. *Tabelle 3.1* informiert über das Normalbudget der Ortsparteien in einem Nicht-Wahljahr.

*Tabelle 3.1: Budget in einem Nicht-Wahljahr nach Gemeindegrösse 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)**

Gemeindegrösse (Einw.)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	N=
unter 500	985	563	1'177	(675)	1'900	41
500- 1'999	1021	1'244	852	1'251	783	234
2'000- 4'999	2'301	3'134	1'800	2'038	2'208	264
5'000- 9'999	3'477	6'846	2'400	3'785	2'987	132
10'000- 19'999	7'246	11'176	5'964	6'691	7'886	90
20'000- 49'999	13'604	(14'000)	12'000	(16'000)	19'288	27
50'000- 99'999	20'786	(30'000)	(35'000)	(10'000)	(30'000)	7
100'000 und mehr	38'083	-	(26'000)	(60'000)	-	6
N=	801	211	187	104	230	

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003, d.h. es werden nur die Antworten miteinbezogen, welche an beiden Befragungen teilgenommen haben. *Die in Klammern gesetzten Durchschnittswerte basieren auf weniger als fünf Fällen.

Tabelle 3.2 gibt über das Budget im Wahljahr Auskunft, diese Werte fassen die Ausgaben der Ortsparteien in dem Jahr zusammen, in welchem die Gemeindeexekutive gewählt wird. In der Spalte „Alle Parteien“ sind auch die kleinen Parteien sowie andere politische Gruppen einbezogen.

Die aus dem Vergleichsdatensatz berechneten Werte aus dem Jahr 1989 in *Tabelle 3.1* zeigen die gleichen Tendenzen auf, wie sie schon von Schaller (1994: 229) präsentiert wurden. Leider gibt es im Vergleichsdatensatz in den Gemeinden mit über 20'000 Einwohner nur noch so kleine Fallzahlen, dass dort keine zuverlässigen Aussagen gemacht werden können. Die FDP weist von den Bundesratsparteien in fast allen Gemeindegrössen kategorien eines der höchsten Normalbudgets auf. Ausnahme bilden die FDP-Parteien in Gemeinden mit unter 2'000 Einwohner. Das kleinste Budget scheint in praktisch allen Grössenkategorien mit Ausnahme der Kleinstgemeinden der CVP zur Verfügung zu stehen. Diese fehlenden Finanzmittel können von den Christdemokraten, dank der grossen Anhängerschaft, mit dem Einsatz zahlreicher aktiven Personen wettgemacht werden (Schaller 1994: 229).

*Tabelle 3.2: Budget in einem Wahljahr nach Gemeindegrösse 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)**

Gemeindegrösse (Einw.)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	N=
unter 500	1'434	1'032	1'659	670	2'767	45
500-1'999	2'132	2'459	2'201	2'139	1'616	233
2'000-4'999	4'864	5'880	5'124	5'258	4'066	265
5'000-9'999	7'789	11'596	8'556	8'731	6'620	133
10'000-19'999	16'756	28'781	15'705	13'864	14'559	90
20'000-49'999	31'321	(44'500)	28'200	(28'333)	36'750	28
50'000-99'999	44'500	(65'000)	(80'000)	(40'000)	(70'000)	6
100'000 und mehr	73'429	(40'000)	(68'333)	(100'000)	-	7
N=	807	213	189	107	232	

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittstudie 1989-2003, d.h. es werden nur die Antworten miteinbezogen, welche an beiden Befragungen teilgenommen haben. *Die in Klammern gesetzten Durchschnittswerte basieren auf weniger als fünf Fällen.

Das Budget in einem Wahljahr ist ungefähr doppelt so gross wie das Normalbudget (vgl. *Tab.3.1*)² Sonst bleiben die Tendenzen in etwa gleich. Die FDP gibt auch im Wahljahr von

² Diesen Effekt stellte Nassmacher (1986: 43) im internationalen Vergleich bei allen untersuchten Parteien fest.

den Bundesratsparteien in allen Gemeinden ab 500 Einwohner am meisten Geld aus. Tendenziell am wenigsten Geld für die Wahlen hat die Sozialdemokratische Partei zur Verfügung. Die CVP hat in Wahljahren dafür einen deutlich höheren Finanzaufwand zu verzeichnen.

3.2 Das Budget der Lokalparteien im Jahre 2003

Von besonderem Interesse sind nun die Ausgaben der Ortsparteien, welche in der Befragung von 2002/03 erhoben wurden. *Tabelle 3.3* gibt über das Normalbudget Auskunft und *Tabelle 3.4* zeigt die Ausgaben in einem Wahljahr auf.

*Tabelle 3.3: Budget in einem Nicht-Wahljahr nach Gemeindegrösse 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)**

Gemeindegrösse (Einw.)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	N=
unter 500	465	480	397	706	300	45
500-1'999	1'597	1'700	1'535	1'955	1'330	211
2'000-4'999	3'183	4'110	2'651	3'231	3'119	255
5'000-9'999	4'819	7'850	4'145	5'077	4'678	145
10'000-19'999	8'132	9'932	9'161	6'000	9'246	92
20'000-49'999	17'409	(12'509)	10'400	(10'000)	37'286	27
50'000-99'999	36'333	-	(30'000)	-	(100'000)	6
100'000 und mehr	19'571	(3'000)	(9'667)	(80'000)	-	7
N=	788	205	179	109	223	

Quelle: Eigene Berechnungen der Längsschnittsstudie 1989-2003, d.h. es werden nur die Antworten mit- einbezogen, welche an beiden Befragungen teilgenommen haben. *Die in Klammern gesetzten Durchschnittswerte basieren auf weniger als fünf Fällen.

Die Relationen haben sich im Vergleich zu der Erhebung von 1989 schwach verändert. Von den Bundesratsparteien gibt nach wie vor die FDP in Gemeinden mit mehr als 2'000 Einwohner am meisten Geld aus, sowohl im Wahljahr wie auch in Nicht-Wahljahren. Je nach Gemeindegrösse ist es nun die CVP oder die SP, welche das kleinste Durchschnittsbudget aufweisen.

Im Vergleich zum Normalbudget zeigt das Budget im Wahljahr auch heute vor allem Veränderungen in der Höhe - eine Verdoppelung der Ausgaben – und weniger in den Tendenz auf. Die Durchschnittsausgaben aller Parteien weisen im Jahr 2003 in fast allen

Gemeindegrossen nominal höhere Werte auf als 1989. Es fällt jedoch auf, dass die Parteien in den Kleinstgemeinden (unter 500 Einwohner) sowie in den Gemeinden mit über 100'000 Einwohner heute nominal deutlich weniger Geld zur Verfügung haben. In Nicht-Wahljahren wie auch im Wahljahr verzeichnen diese Gemeindegrossen bis zur Hälfte kleinere Durchschnittsbudgets als im Jahr 1989.

*Tabelle 3.4: Budget in einem Wahljahr nach Gemeindegrossen 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)**

Gemeindegrossen (Einw.)	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	N=
unter 500	1'074	871	1'431	1'106	721	47
500-1'999	2'971	3'226	3'133	3'451	2'182	220
2'000-4'999	6'870	8'504	7'347	6'968	5'873	261
5'000-9'999	11'166	16'065	10'724	10'731	10'866	147
10'000-19'999	21'376	31'000	18'632	21'909	20'911	93
20'000-49'999	42'738	(29'048)	35'000	(35'000)	81'429	26
50'000-99'999	82'857	-	(115'000)	(25'000)	(150'000)	7
100'000 und mehr	30'857	(6'000)	(20'000)	(80'000)	-	7
N=	808	211	185	111	231	

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittstudie 1989-2003, d.h. es werden nur die Antworten mit- einbezogen, welche an beiden Befragungen teilgenommen haben. *Die in Klammern gesetzten Durchschnitts- werte basieren auf weniger als fünf Fällen. Die in Klammern gesetzten

Mit jeder Gemeindegrossenkategorie verdoppeln sich die Budgets der Ortsparteien. Diesen Effekt macht sich bei den Normalbudgets wie auch bei den Budgets in Wahljahren bemerkbar. Schaller (1994: 231) hat jedoch festgestellt, dass sich Parteiausgaben wie jedes normale ökonomische Gut verhalten. Der Stückpreis liegt umso tiefer, je mehr davon produziert wird. Laut Schaller existiert jedoch auch eine Schwelle, nach der die Kosten wieder zu steigen beginnen. In Gemeinden mit mehr als zwanzig Tausend Einwohnern machte sich in seinen Berechnungen wieder einen Anstieg der Kosten bemerkbar. Die hier vorliegende Untersuchung kann den Schwellenwert bei den grössten Gemeinden (20'000 und mehr) nicht bestätigen. *Tabelle 3.5* zeigt die Kosten pro stimmberechtigter Person von 1989 in den verschiedenen Gemeindegrossen. Die Parteien in den kleinsten Gemeinde geben in einem Nicht-Wahljahr Fr. 4.10 pro stimmberechtigte Person aus. Die Ausgaben sinken kontinuierlich, in Gemeinden mit mehr als zwanzig Tausend Einwohner wenden die Parteien durchschnittlich nur noch 65 Rp. pro stimmberechtigte Person auf. Die gleiche Tendenz ist

auch im Wahljahr festzustellen. In Kleinstgemeinden geben die Parteien Fr. 5.20 pro stimmberechtigte Person aus, die Beträge sinken stetig bis auf Ausgaben von Fr. 1.45 pro Person in den grössten Gemeinden.

Tabelle 3.5: Ausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 1989 (durchschnittliche Beträge in Franken)

Gemeindegrösse (Einw.)	Ausgaben pro stimmberechtigte Person		N=
	in einem Nicht-Wahljahr	in einem Wahljahr	
Total	1.10	2.10	2082
unter 500	4.00	5.20	114
500-1'999	1.25	2.25	562
2'000-4'999	0.85	1.85	573
5'000-9'999	0.70	1.60	297
10'000-19'999	0.65	1.60	209
20'000- und mehr	0.60	1.45	78

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

Tabelle 3.6: Ausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)

Gemeindegrösse (Einw.)	Ausgaben pro stimmberechtigte Person		N=
	in einem Nicht-Wahljahr	in einem Wahljahr	
Total	1.30	2.90	2112
unter 500	3.10	6.30	105
500-1'999	1.55	3.35	576
2'000-4'999	1.25	2.50	547
5'000-9'999	0.85	2.10	301
10'000-19'999	0.80	1.95	211
20'000- und mehr	0.60	1.55	107

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Ausgaben pro stimmberechtigter Person von 1989 mit den Daten von 2003 zeigt auf, dass die Tendenz der kontinuierlich sinkenden Durchschnittskosten gewahrt bleibt. Die Beträge sind jedoch nominal in allen Gemeindekategorien grösser geworden. Einzige Ausnahme bleiben, wie schon beim Gesamtbudgetvergleich, die

Gemeinden mit mehr als zwanzig Tausend Einwohner, hier sind die Durchschnittsausgaben stagniert oder nur minimal gewachsen.

3.3 Das Budget der Lokalparteien im Vergleich zwischen 1989 und 2003

Nachdem sowohl die durchschnittlichen Budgets sowie die Ausgaben pro stimmberechtigter Person aus den Jahren 1989 und 2003 miteinander verglichen und erste Tendenzen festgestellt wurden, soll nun die Frage beantwortet werden, ob die Parteien heute mehr Geld zur Verfügung haben als vor vierzehn Jahren. In den meisten Gemeindekategorien sind die Beträge zumindest nominal grösser geworden. Ein durchschnittliches Budget betrug 1989 in einem Wahljahr Fr. 6562. Im Jahre 2003 wuchs das Durchschnittsbudget der Parteien auf Fr. 9345, also auf das 1,4fache. Lokalparteien haben jedoch heute nur wirklich mehr Geld zur Verfügung als vor vierzehn Jahren, wenn das Budget der Parteien wesentlich stärker gestiegen ist, als allgemeine gesamtwirtschaftliche Indikatoren (Nassmacher 1992: 472).

In modernen Gesellschaften sind Kostensteigerungen Ausdruck des gesamtwirtschaftlichen Trend der „schleichenden Inflation“. Diese schleichende Inflation verursacht eine Entwertung des Geldes, den allmählichen Kaufkraftverlust (Mankiw 1999: 550). Der Landesindex für Konsumentenpreise ist ein gesamtwirtschaftlicher Indikator für den Kaufkraftverlust.

Tabelle 3.7: Entwicklung der Budgets der Lokalparteien von 1989-2002 (durchschnittliche Beträge in Franken in einem Wahljahr)

Jahr	nominale Werte		reale Werte* preisbereinigt		reale Werte** einkommensangepasst	
	Wahljahr	Nicht- Wahljahr	Wahljahr	Nicht- Wahljahr	Wahljahr	Nicht- Wahljahr
durchschnittliches Budget einer Partei						
1989	6562	3024	8359	3852	8399	3871
2002	9345	4190	9345	4190	9345	4190
durchschnittliche Ausgabe pro stimmberechtigter Person						
1989	2.10	1.10	2.70	1.40	2.70	1.40
2002	2.90	1.30	2.90	1.30	2.90	1.30

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003. *Landesindex der Konsumentenpreise (gerechnet auf Basis Mai 2000=100; 1989=78,5) vom Bundesamt für Statistik (2003). <http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber05/dtfr05.htm> (17.09.03).

**Die Veränderung des kantonalen Volkseinkommen pro Einwohner im Schweizer Durchschnitt von 1990-2000 beträgt 28%. vgl. Bundesamt für Statistik (2003: 249).

Tabelle 3.7 zeigt die preisbereinigten Werte für die Durchschnittsbudget auf. Bei der Anwendung dieses Massstabes für Kaufkraftverlust ergibt sich für das Jahr 1989 ein Durchschnittsbudget von Fr. 8359 und ein Normalbudget von Fr. 3852.

Die Werte aus dem Jahr 2002/03 mit Fr. 9345 im Wahljahr und Fr. 4190 in einem Nicht-Wahljahr sind also auch unter Berücksichtigung des Inflationsausgleichs noch höher. Die Differenz beträgt jedoch nur noch gut Fr. 900 im Wahljahresvergleich und Fr. 300 im Vergleich der Nicht-Wahljahre.

In wachsenden Volkswirtschaften steigt das Bruttosozialprodukt und alle Einkommen jedoch regelmässig stärker als der Kaufkraftverlust. Ein realer Wachstum des Durchschnittsbudgets liegt nur vor, wenn die Ausgaben der Parteien nicht nur stärker als der Konsumentenpreisindex, sondern auch stärker als das Einkommensniveau ansteigen (Nassmacher 1992: 473). Die einkommensangepassten Werte sind ebenfalls in *Tabelle 3.7* aufgeführt. Bei der Berechnung wird unterstellt, dass die Schweizer Lokalparteien im gleichen Masse wie der (hypothetische) Durchschnittsschweizer an der allgemeinen Einkommensentwicklung (gemessen durch das Volkseinkommen) beteiligt waren. Die Zunahme des Volkseinkommen von 1990 bis 2000 beträgt 28 Prozent. Im Jahr 1989 beträgt das einkommensangepasste Durchschnittsbudget Fr. 8399 im Wahljahr und Fr. 3871 im Nicht-Wahljahr. Die Zahlen sind nur unbedeutend grösser als die preisbereinigten Werte (Differenz: Fr. 40 im Wahljahr und Fr. 19 im Nichtwahljahr). Dieses Resultat mag erstaunen, es weist jedoch auf die spezielle Wirtschaftssituation der Schweiz in den vergangenen zehn Jahren hin. Die Schweizer Wirtschaft ist in diesem Zeitabschnitt nicht mehr gewachsen (EDV: 2002: 3)³. Deshalb ist auch das Volkseinkommen nicht über die Teuerung hinaus grösser geworden.

Nun zurück zu der Frage, ob die Parteien heute mehr Geld zur Verfügung haben als vor vierzehn Jahren. Das Budget ist im Jahr 2002/03 mit Fr. 9345 im Wahljahr und Fr. 4190 in einem Nicht-Wahljahr im Vergleich zu dem realen Budgets (preisbereinigt und einkommensangepasst) von 1989 leicht höher. Die Differenz beträgt jedoch nur noch etwa einen gut Fr. 800 im Wahljahresvergleich und Fr. 200 im Vergleich der Nicht-Wahljahre. Das durchschnittliche Budget der Lokalparteien ist im vergangenen Jahrzehnt also um ca. einen Zehntel im Wahljahr und um einen Fünftel im Normaljahr gestiegen. Betrachtet man nun die Ausgaben pro stimmberechtigte Person, fällt folgendes auf: In einem Wahljahr sind die durchschnittlichen Ausgaben real von Fr. 2.70 auf Fr. 2.90 um knapp einen Zehntel gestiegen, in

³ In der Phase von 1991 bis Ende der 90er Jahre wurde die Schweiz vom internationalen Wachstumszug abgekoppelt, während sie in früheren Jahren noch mit dem jährlichen durchschnittlichen Wachstum von rund 2,5% der europäischen Nachbarländer Schritt halten konnte. Als einziges OECD-Land konnte die Schweiz das reale BIP pro Kopf in den 90er Jahren nicht steigern (EDV 2003: 4).

Normaljahren geben die Parteien heute mit Fr. 1.30 jedoch etwas weniger Geld aus als vor vierzehn Jahren (real Fr. 1.40 pro stimmberechtigte Person).

Hypothese 1 prognostizierte für die Lokalparteien im Verlaufe der 90er Jahre eher abnehmende Finanzmittel. Aufgrund der empirischen Untersuchung kann diese Hypothese nur teilweise bestätigt werden. Das durchschnittliche Budget der Ortsparteien hat im Wahljahr real um knapp einen Zehntel und im Nicht-Wahljahr um knapp einen Fünftel zugenommen. Aussagekräftiger sind jedoch die Veränderung der Ausgaben pro stimmberechtigte Person. In Wahljahren geben die Parteien real auch in dieser Kategorie pro Person knapp einen Zehntel mehr aus. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Person in Nicht-Wahljahren sind jedoch von real Fr. 1.40 auf Fr. 1.30 gesunken.

4 Die Wahlkampfausgaben der Lokalparteien in der Schweiz

Der Vergleich des Budgets der Ortsparteien in einem Wahljahr mit den Ausgaben in einem Nicht-Wahljahr macht deutlich, dass den Parteien in Wahljahren doppelt soviel Geld zur Verfügung steht wie in Normaljahren. Es ist offensichtlich, dass die Wahlkampfaufwendungen für die Parteien einen wichtigen Ausgabenposten darstellen. Beinahe die Hälfte der Geldmittel floss laut Schallers (1994: 233) Untersuchung der Ausgabestruktur der Lokalparteien von 1989 in die Wahlkampfführung. Über alle Parteien hinweg gesehen beanspruchen die Aufwendungen für den Wahlkampf mit Abstand den grössten Anteil des Budgets⁴.

Nassmacher (1986: 44) machte auf das Phänomen des „Wettrüsten“ unter den Parteien in der Wahlwerbung aufmerksam, welches die enorm steigenden Kosten in den Wahljahren verursacht. Die Parteiführungen wird im Verlauf der Zeit immer stärker professionalisiert und auch die Wahlkampagnen werden vermehrt professionell vorbereitet und durchgeführt. Die zunehmende Mediatisierung der Politik und die Konkurrenzierung durch Interessengruppen verlangen einen immer stärkeren finanziellen Aufwand (Mair et al. 1999: 24 und 400). Immer mehr wird für den Wahlkampf die Hilfe von professionellen Marketing- und PR-Fachleute in Anspruch genommen (Plasser 2002: 23 und 27). Diese Entwicklung hat in den vergangenen Jahrzehnten laut Brändle (2002: 25) bei den Wahlkämpfen in Westeuropa zu einem enormen Kosten anstieg geführt.

Findet die zunehmende Professionalisierung der Wahlkampfführung und die damit verbundene Kostensteigerung auch auf der Ebene der Schweizer Kommunalparteien Verbreitung? Einen ersten Hinweis liefert der Befund (vgl. *Kap. 3*), dass im vergangenen Jahrzehnt das durchschnittliche Budget pro stimmberechtigter Person in Wahljahren, nicht jedoch in Normaljahren gestiegen ist. Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse wird folgende Hypothese formuliert:

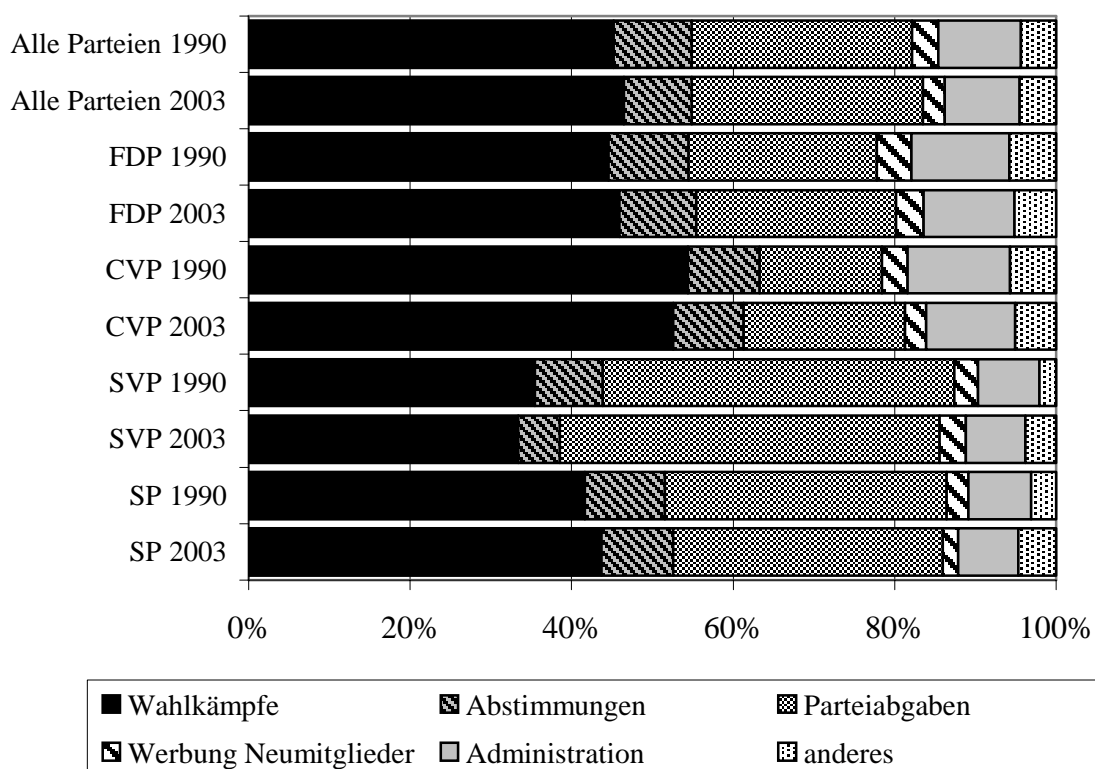
H2: Die lokalen Parteien geben im Jahr 2003 prozentual zu ihrem Budget eher mehr Geld für den Wahlkampf aus als vor vierzehn Jahren (1989).

⁴ Im kantonalen Vergleich sind die Wahlkampfausgaben etwas kleiner. Die grössten Ausgabeposten bei den kantonalen Parteien finden sich laut Brändle (2001: 162) unter Administration mit 33% und Rückstellungen für die Wahlkämpfe mit 30%. Die nationalen Parteien sehen, zumindest im ordentlichen Budget mit Ausnahme der SPS, GPS und des LdU keine Aufwendungen bzw. Rückstellungen für Wahlen vor. Die Wahlen werden nach Angaben der Parteiverantwortlichen vorwiegend über ausserordentliche Spenden finanziert (Brändle 2001: 181). Im internationalen Vergleich bestätigt Nassmacher (2001: 22), dass auch viele europäische Parteien in Wahljahren die Hälfte ihres Budgets für Wahlkampagnen ausgeben.

4.1 Die Wahlkampfausgaben der Lokalparteien im Vergleich zwischen 1989 und 2003

Um die Frage beantworten zu können, ob die Wahlkampfaufwendungen im vergangenen Jahrzehnt gestiegen sind, muss die Ausgabestruktur der Lokalparteien untersucht werden. *Abbildung 4.1* zeigt den prozentualen Anteil der wichtigsten Ausgabenposten im Budget der Bundesratsparteien in einem Wahljahr der Gemeindeexekutive auf.

Abbildung 4.1: Die wichtigsten Ausgabenposten im Vergleich 1989 und 2003 (prozentualer Anteil am Gesamtbudget)



Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003, d.h. es werden nur die Antworten miteinbezogen, welche an beiden Befragungen teilgenommen haben.

Über alle Parteien hinweg gesehen beanspruchen die Aufwendungen für den Wahlkampf deutlich den grössten Anteil des Budgets. Im Jahre 1989 beanspruchten die Kosten für den Wahlkampf durchschnittliche 45 Prozent des Budgets der Ortsparteien. Mit nur 10 Prozent liegen die Aufwendungen für Abstimmungen deutlich tiefer. Der zweite grosse Teil, nämlich 27 Prozent des Budgets muss an höhere Parteiebenen weitergeleitet werden. Weitere kleine

Ausgabenposten sind mit 10 Prozent die Administrationskosten, 3 Prozent für Aufwendungen bei der Bewerbung von Neumitgliedern, und 4 Prozent des Budgets geben die Parteien im Schnitt für den Posten Anderes aus. Zwischen den Parteien bestehen jedoch, je nach Ausgabeposten, erhebliche Unterschiede.

Aufgrund der Fragestellung sollen jedoch nur die Aufwendungen für den Wahlkampf genauer betrachtet werden. Im Jahre 1989 verwendete die CVP mit 55 Prozent den grössten Anteil ihres Budgets für den Wahlkampf. Mit nur 35 Prozent des Budgets liegen die Wahlkampfkosten bei der SVP stark unter dem Durchschnitt. Die FDP und die SPS budgetieren mit 44 und 42 Prozent den Wahlkampfposten im Durchschnittsbereich aller Parteien.

Wie sehen die prozentualen Aufwendungen für den Wahlkampf nun heute, vierzehn Jahre später aus? Im Jahre 2003 liegen die durchschnittlichen Aufwendungen für den Wahlkampf über alle Parteien hinweg gesehen bei gut 46 Prozent des Budgets. Der Wert ist somit im letzten Jahrzehnt um gut ein Prozent gestiegen. Betrachtet man die Werte der einzelnen Parteien, so fällt auf, dass die prozentualen Ausgaben bei der FDP und der SPS mit 46 und 44 um je zwei Prozent gestiegen sind. Bei der CVP sinkt der Wert um 3 Prozentpunkte und bleibt damit immer noch auf überdurchschnittlich hohem Niveau bei 52 Prozent. Der tiefe Wert der SVP sinkt um weitere 2 Prozentpunkte auf 33 Prozent Wahlkampfausgaben.

Hypothese 2 prognostizierte, dass die Lokalparteien im Verlaufe der 90er Jahre ihre Wahlkampfausgaben prozentual zu ihrem eher Budget vergrössert haben. Der Vergleich der Ausgabenstruktur der Parteien im Jahre 1989 und 2003 zeigt auf, dass die prozentualen Aufwendungen für den Wahlkampf über alle Parteien hinweg um gut ein Prozent gestiegen sind. Die Hypothese kann somit nur knapp angenommen werden. Betrachtet man nun aber die einzelnen Parteien, so trifft die Hypothese nur noch bei der SPS und der FDP zu. Der Durchschnitt aller CVP- und SVP-Ortsparteien gibt an, dass der prozentuale Anteil des Budgets für die Wahlkampfausgaben gesunken ist.

Die Frage nach den veränderten Wahlkampfkosten kann jedoch auf keinen Fall abschliessend beantwortet werden. Es ist sehr schwierig, ja gar unmöglich, die Aufwendungen für die Wahlen vollständig erfassen zu können. Auf nationaler Ebene werden die Wahlen vorwiegend über ausserordentliche Spenden finanziert, welche nicht im normalen Budget aufgeführt sind (Brändle 2001: 181), dieselbe Vorgehensweise könnte zumindest auch in den grossen Lokalparteien praktiziert werden. Die hier untersuchte Ausgabenstruktur der Ortsparteien zeigt deshalb wohl nur einen Teil der tatsächlichen Wahlkampfausgaben auf.

5 Hypothesen zu den Determinanten der Budgethöhe und der Höhe der Wahlkampfausgaben

Der Vergleich des finanziellen Volumens der Lokalparteien und deren Wahlkampfaufwendungen in den Jahren 1989 und 2003 zeigt auf, dass sich weder die Höhe des Budgets noch die prozentualen Ausgaben für die Wahlkämpfe deutlich verändert haben. Die zentrale Frage ist nun also, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass eine Ortspartei finanziell gut ausgestattet ist. Weiter interessiert, welche Faktoren die Höhe der Wahlkampfausgaben der Parteien pro stimmberechtigter Person beeinflussen.

In diesem Kapitel soll auf die möglichen Einflussfaktoren, welche sich teilweise aus der Theorie, teilweise aber auch aus früheren empirischen Untersuchungen ableiten lassen, eingegangen werden. Auf Grundlage der erläuterten Einflussgrößen werden danach auf die Budgethöhe und auf die Höhe der Wahlkampfausgaben bezogene Hypothesen hergeleitet. Die zu erklärende Variable ist also erstens die Grösse des Budgets der Parteien. Es wird jedoch nicht der Wert des Gesamtbudgets untersucht, sondern die Höhe des Betrages, welcher die Parteien pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde ausgeben können (vgl. *Tab. 3.5* und *3.6*). Wenn mit diesem Wert gerechnet wird, kann zum vornherein die Scheinkorrelation zwischen der Höhe des Budgets und der Gemeindegrösse ausgeschlossen werden. Die Budgets steigen natürlich mit der Grösse der Gemeinde, dies bedeutet aber nicht, dass die Parteien in grossen Gemeinden auch wirklich mehr Geld pro Person zur Verfügung haben (vgl. Ausführungen dazu *Kap. 3*). Aus dem gleichen Grund wird auch die zweite zu erklärende Variable, die Höhe der Wahlkampfausgaben, pro stimmberechtigter Person berechnet.

5.1 Strukturelle Faktoren der Gemeinde

Grösse der Gemeinde

Schaller (1994: 231) hat bei seiner Untersuchung der Lokalparteien festgestellt, dass sich Parteiausgaben wie jedes normale ökonomische Gut verhalten. Der Stückpreis liegt umso tiefer, je mehr davon produziert wird. Die in *Kapitel 3* dargestellten Auszahlungen der Parteiausgaben pro stimmberechtigter Person weisen darauf hin, dass die Ausgaben kontinuierlich sinken, je grösser die Gemeinden werden. Aufgrund dieser Tatsache wird erwartet, dass auch die Wahlkampfausgaben pro Person in grösseren Gemeinden sinken. Geht man zudem davon aus, dass sich die Parteien in grösseren städtischen Gemeinden auch

5 Hypothesen zu den Determinanten der Budgethöhe und der Höhe der Wahlkampfausgaben

professioneller organisieren und sich den Verhaltensweisen der kantonalen und nationalen Parteien anpassen, können in grösseren Gemeinden ebenfalls sinkende Wahlkampfausgaben erwartet werden. Denn Brändle (2001: 162) stellte fest, dass die durchschnittlichen prozentualen Aufwendungen für Wahlkämpfe in den Kantonen nur noch etwa 30 Prozent betragen und dass die Mehrzahl der nationalen Parteien im ordentlichen Budget keine Aufwendungen bzw. Rückstellungen für Wahlen vorsehen. Die Wahlen werden auf nationaler Ebene vorwiegend über ausserordentliche Spenden finanziert (Brändle 2001: 181).

Tabelle 5.1 zeigt die Verteilung der Wahlkampfausgaben pro Person nach Grösse der Gemeinden aufgesplittet. Die Vermutung zu den sinkenden Wahlkampfausgaben wird bestätigt. Während in Gemeinden mit mehr als 20'000 Einwohner 40 bis 75 Prozent der Parteien weniger als 50 Rp. pro stimmberechtigte Person für den Wahlkampf ausgeben, weisen in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner 30 bis 40 Prozent der Parteien Wahlkampfaufwendungen von 1 bis 5 Fr. pro Person vor. Mehr als 5 Fr. pro Person geben nur kleine Prozentteile der Ortsparteien für den Wahlkampf aus, diese sind jedoch vorwiegend in kleineren bis mittelgrossen Gemeinden zu finden.

Tabelle 5.1: Zahl der Kommunalparteien (in Prozentwerte) aufgeschlüsselt nach Gemeindegrösse und Wahlkampfausgaben pro Stimmberechtigten in einem Wahljahr 2003

Wahlkampfausgaben pro Stimmberechtigten in der Gemeinde (in Fr.)	Gemeindegrösse (Einw.)								N=
	Unter 500	500-1'999	2000-4'999	5'000-9'999	10'000-19'999	20'000-49'999	50'000-99'999	100'000- und mehr	
Unter 0.5	30	30	30	34	31	41	46	75	545
0.5-1	25	26	31	29	29	25	31	14	483
1.1-5	30	42	35	36	38	31	23	11	629
5.1-10	5	2	2	1	2	3			36
10.1-20	6	0.4	0.4						9
20.1-50	2		0.2						4
50.1-100	1	0.2							2
Über 100		0.2							1
N	83	530	526	273	194	61	13	28	1709

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

Anzahl organisierte Parteien und Gruppierungen in der Gemeinde

Je mehr politische Gruppierungen in einer Gemeinde aktiv sind, umso teurer wird die Parteienarbeit. Dieser Faktor ist natürlich stark von der Gemeindegrösse abhängig, in grösseren Gemeinden existieren normalerweise auch mehr aktive Gruppen. Schaller (1994: 232)

konnte jedoch auch bei Kontrolle der Gemeindegrösse keinen nennenswerten Zusammenhang zwischen der Anzahl der aktiven Gruppierungen und der Höhe des Budgets feststellen. Diesen Befund soll hier überprüft werden mit der Annahme, dass Budget und vor allem die Wahlkampfausgaben bei steigender Anzahl von aktiven Gruppierungen auch grösser werden.

Urbanität der Gemeinde

Welchen Einfluss die Urbanität einer Gemeinde auf Budget und Wahlkampfkosten haben, ist nicht intuitiv klar. In Städten bestehen weniger grosse Beziehungsnetze als in ländlichen Gebieten, darum muss bei Wahlen die informelle Mund-zu-Mund-Propaganda durch teure Zeitungsinserate und Flugblattaktionen ersetzt werden. Die Parteiausgaben steigen in urbanen Gemeinden, weil Sitzungen nicht mehr am Stammtisch abgehalten werden können, Säle gemietet werden müssen und die Administration aufwendiger wird (Schaller 1994: 231).

In ländlichen Gemeinden sind mehr Personen im Primärsektor beschäftigt, während in städtischen Gemeinden die Beschäftigten im Industrie- und Tertiärsektor überwiegen. 1980 waren immerhin noch in einem Viertel aller Gemeinden mehr als 30 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig (Ladner 1991: 159). Auch wenn diese Zahl in den vergangenen Jahren stark geschrumpft ist, bleibt von Interesse, ob die Urbanität der Gemeinde einen Einfluss auf die Finanzen der Parteien hat. Bei einer heterogenen Zusammensetzung treffen innerhalb einer Gemeinde unterschiedliche Interessen aufeinander. Urbane Gemeinden haben laut Ladner (1991: 159) einen positiven Einfluss auf die Entstehung von Gruppierungen. Die Hypothese, die besagt, dass die Parteienarbeit sowie der Wahlkampf umso teurer wird, je mehr politische Gruppierungen in der Gemeinde tätig sind, wurde schon im oberen Abschnitt dargelegt. In urbanen Gebieten werden höhere Ausgaben erwartet als in ländlichen Gebieten.

Sprache

In rund 70 Prozent der Schweizer Gemeinden wird vorwiegend deutsch gesprochen, in knapp einem Viertel der Gemeinden französisch und in etwas weniger als 10 Prozent italienisch (Ladner 1991: 164). Bezüglich der Budgethöhe fand Schaller (1994: 233) in den drei Sprachregionen Unterschiede. Im Jahr 1989 sind die durchschnittlichen Budgets der Französischen Lokalparteien mit Fr. 8'156 deutlich am höchsten, in der Deutschen Schweiz beträgt das Durchschnittsbudget Fr. 6'537 und die Parteien in der Italienischen Schweiz weisen durchschnittliche Ausgaben von Fr. 3'598 vor. Die Ursache für dieses Resultat sieht Schaller in der Tatsache, dass in der Französischen Schweiz am häufigsten auch noch ein Gemeindeparlament zu wählen ist. Es kann also angenommen werden, dass die Ortsparteien in der

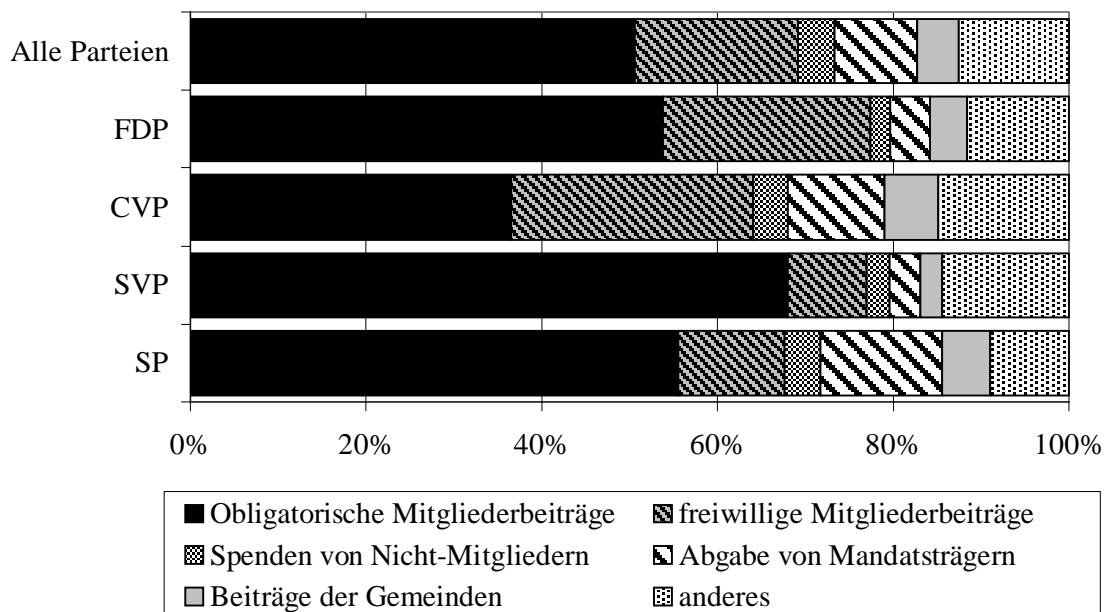
Westschweiz grössere Budgets und Wahlkampfausgaben pro Person aufweisen als die Parteien in der deutschen und der lateinischen Schweiz.

5.2 Strukturelle Faktoren der Partei

Grösse der Partei

Die wichtigste Einnahmequelle der Parteien sind die obligatorischen Mitgliederbeiträge. Fast die Hälfte aller Einnahmen stammen aus dieser klassischen Finanzierungsart (Schaller 1994: 237). Auch die Befragung aus dem Jahr 2003 zeigt auf, dass sich die Schweizer Lokalparteien vorwiegend durch ihre eigenen Mitglieder finanzieren. *Abbildung 5.1* gibt einen Überblick zu den wichtigsten Einnahmequellen der Parteien. Die obligatorischen Mitgliederbeiträge machen über alle Parteien hinweg gesehen 50 Prozent der Einnahmen aus. Zählt man die knapp 20 Prozent der freiwilligen Mitgliederbeiträge noch dazu, liegt der Eigenfinanzierungsgrad bei 70 Prozent.

Abbildung 5.1: Die wichtigsten Einnahmequellen der Parteien 2003 (prozentualer Anteil am Gesamtbudget)



Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittstudie 1989-2003.

5 Hypothesen zu den Determinanten der Budgethöhe und der Höhe der Wahlkampfausgaben

Die Höhe des Budgets einer Partei ist aufgrund dieser Eigenfinanzierung stark von der Zahl ihrer Mitglieder abhängig. Je grösser eine Partei ist, desto grösser ist auch ihr Finanzvolumen. Dieser Zusammenhang kann auch für die Höhe der Wahlkampfausgaben pro Person angenommen werden. Je grösser eine Partei ist, desto mehr Geld wird sie auch in den Wahlkampf und somit in die Stärkung ihrer Position in der Gemeinde investieren.

Höhe der Mitgliederbeiträge

Bei einer 70-prozentigen Eigenfinanzierung der Ortsparteien wird die Höhe des Budgets zu einem grossen Teil durch die Zahl der Mitglieder bestimmt. Die Höhe des Mitgliederbeitrages könnte jedoch auch einen Einfluss auf das Budget haben. Je höher die Beiträge sind, desto mehr Geld fliesst in die Parteienkassen.

Budgethöhe der Partei

Die hier postulierten Zusammenhänge zwischen der Budgethöhe insgesamt und der Höhe des Budgets pro Person sowie der Höhe der Wahlkampfausgaben pro Person sind intuitiv klar, je grösser das Finanzvolumen der Ortspartei ist, desto mehr Geld hat sie pro stimmberechtigten Bürger und stimmberechtigte Bürgerin zur Verfügung.

Parteizugehörigkeit

Tabelle 3.3 in Kapitel 3 gibt eine Übersicht zu den durchschnittlichen Budgets der Bundesratsparteien auf lokaler Ebene im Jahre 2003. Die FDP gibt in allen Gemeinden mit mehr als 2'000 Einwohner im Schnitt am meisten Geld aus, sowohl im Wahljahr wie auch in Nicht-Wahljahren. Je nach Gemeindegrösse ist es entweder die Lokalpartei der CVP oder der SP, welche das kleinste Durchschnittsbudget besitzen.

In *Tabelle 5.2* sind die durchschnittlichen Wahlkampfausgabe pro Person auf die vier Bundesratsparteien aufgeschlüsselt. Auch bei den Aufwendungen für den Wahlkampf liegt die FDP mit Fr. 1.85 Ausgaben pro Person über dem Durchschnitt. Die SVP gibt mit Fr. 1.15 pro stimmberechtigter Person deutlich am wenigsten Geld für den Wahlkampf aus, zumindest was die Ausgaben aus dem hier untersuchten Normalbudget betrifft.

Tabelle 5.2: Wahlkampfausgaben der Lokalparteien pro stimmberechtigter Person 2003 (durchschnittliche Beträge in Franken)

Partei	Ausgaben pro stimmberechtigte Person in einem Wahljahr	N=
Alle Parteien	1.55	1949
FDP	1.85	437
CVP	1.75	367
SVP	1.15	295
SP	1.70	411

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

Konkurrenzdruck

Die ökonomische Theorie der Politik unterstellt der Demokratie ein Marktmodell. In diesem Modell ist nach Downs (1968) das Ziel, der in Konkurrenz stehenden Parteien, den Gewinn des grösstmöglichen Marktanteil im Stimmenmarkt. Die Hauptaufgaben der Parteien ist demnach die Stimmenmaximierung. Diese Annahmen führen zu folgender Vermutung: Je mehr die Parteien in einer Gemeinde bei der Besetzung von öffentlichen Mandaten mit anderen Parteien in Konkurrenz stehen, desto mehr finanzielle Mittel brauchen sie, um sich gegen ihre Konkurrenten durchsetzen zu können. Vor allem in Wahlkämpfen kann eine grosse Konkurrenz laut Nassmacher (1986: 44) zu einem „Wettrüsten“ in der Wahlwerbung führen. Dieses Wettrüsten hat enorm steigenden Wahlkampfkosten zur Folge. Die Wahlkampfausgaben pro Person steigen also bei denjenigen Ortsparteien an, welche in ihrer Gemeinde in grosser Konkurrenz mit anderen Parteien stehen.

Position der Partei in der Gemeinde

Sitzen Politiker und Politikerinnen der eigenen Partei in der Gemeindeexekutive, im Gemeindeparlament oder in anderen Kommissionen, stärkt dies die Position der Partei in der Gemeinde. Je stärker die Position in der Gemeinde, desto mehr Möglichkeiten hat die Partei Geld in die Parteienkasse zu bringen. Direkte Auswirkungen auf das Budget der Partei haben die Mandatsabgaben der Politiker und Politikerinnen. Über alle Parteien hinweg gesehen machen die Abgaben von Mandatsträgern im Schnitt immerhin fast 10 Prozent der Gesamteinnahmen aus (vgl. *Abbildung 5.1*). Je besser eine Partei also mit eigenen Leuten im Parlament und Gemeinderat vertreten ist, desto mehr Mandatsabgaben fliessen in die Kassen

der Parteien. Die Partei muss aber auch wieder mehr Geld in den Wahlkampf investieren, damit ihre Leute die Sitze in Legislative und Exekutive halten können.

Es ist weiter auch anzunehmen, dass es einen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlkampfausgaben und der Zahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive gibt. Hat eine Partei gar keine eigenen Kandidaten im Wahlkampf - im Jahre 2003 waren dies immerhin 15 Prozent der befragten Parteien – so wird sie auch weniger Geld in den Wahlkampf investieren.

Stellt die Partei den Gemeindepräsidenten, ist dies einen weiteren Hinweis dafür, dass die Partei eine starke Position in der Gemeinde inne hat.

5.3 Faktoren des politischen Systems

Grösse der Exekutive in der Gemeinde

Ladner (1991: 64) zeigte auf, dass die Grösse der Gemeindeexekutive mit zunehmender Gemeindegrösse zuerst ansteigt und nach 20'000 Einwohnern wieder abfällt. Neben diesem Zusammenhang zwischen Grösse der Gemeindeexekutiven und Gemeindegrösse, gibt es aber auch zwischen den Kantonen grosse Unterschiede. Laut Ladner (1991: 65) variiert die durchschnittliche Exekutivgrösse zwischen einem Maximalwert von 9.7 Mitgliedern im Kanton Obwalden und einem Minimum von 3.1 Mitgliedern im Kanton Genf.

Je mehr Sitze in einer Gemeindeexekutive zu besetzten sind, desto weniger stark muss für einen Sitz gekämpft werden. Mit wachsender Grösse der Gemeindeexekutive wird demnach für die Parteien sinkende Budgets und Wahlkampfausgaben erwartet.

Gemeindeparlament

Auf der Stufe der Legislative dominiert in den Schweizer Gemeinden die Form der Gemeindeversammlung. Nur 16,8 Prozent der 1991 untersuchten Gemeinden verfügen über ein Gemeindeparlament (Ladner 1991: 81). Es gibt keinen klaren Zusammenhang zwischen Gemeindegrösse und der Existenz eines Gemeindeparlaments, auch wenn in grossen Gemeinden praktisch immer und in kleinen Gemeinden relativ selten ein Gemeindeparlament anzutreffen ist. Auch die Zahl der Sitze in den verschiedenen Gemeindeparlamenten ist recht unterschiedlich. Ladner (1991: 85) zeigte auf, dass es in den Deutschschweizer Kantonen nicht nur weniger häufig, sondern in der Regel auch die kleineren Gemeindeparlament hat. Die Existenz eines Parlaments ist laut Schaller (1994: 233) für die Parteien ein sehr kostentreibender Faktor. Es wird deshalb erwartet, dass Parteien in Gemeinden mit einem

Gemeindeparlament ein grösseres Budget, wie auch höhere Wahlkampfausgaben pro Person aufweisen.

Wahlverfahren der Exekutive in der Gemeinde

In den meisten Kantonen ist gesetzlich festgehalten, nach welchem Wahlverfahren die Exekutive gewählt werden muss. Im Kanton Zug und Tessin kommt als einzige Kantone ausschliesslich das Proporzsystem zur Anwendung, in 16 Kantonen wird die Gemeindeexekutive ausschliesslich nach dem Majorzsystem⁵ gewählt. In den Kantonen BE, FR, SO, BL, GR, TG, VS und JU kommen beide Verfahren zur Anwendung (Ladner 1991: 75). In denjenigen Kantonen, in welchen zwischen den beide Verfahren gewählt werden kann, steigt der Anteil der Gemeinden, welche nach dem Proporzverfahren wählen, laut Ladner (1991: 77) mit zunehmender Gemeindegrösse kontinuierlich an.

Bei dem Majorzwahlverfahren werden Einzelpersonen gewählt, wer am meisten Stimmen auf sich zählen kann, gewinnt den Sitz. Im Gegensatz dazu werden beim Proporzverfahren die Sitze proportional zu den erhaltenen Stimmen verteilt, man spricht hier von der Listenwahl. Mit diesem Verfahren haben auch kleinere Gruppierungen eine Chance, einen Sitz zu gewinnen (Nohlen 2000: 137). Es kann vermutet werden, dass der Wahlkampf in Gemeinden mit einem Majorzwahlssystem aufgrund der „Personenwahl“ aufwendiger und teurer gestaltet wird, als in Gemeinden mit einem Proporzwahlssystem.

Professionalisierung des Gemeindepräsidenten

Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin wird vom Volk gewählt und verfügt oft über spezifische Amtskompetenzen, als Beispiel nennt Geser (1999: 449) den polizeilichen Bereich. In der Gemeindeschreiberbefragung von 1989 geben 65 Prozent der Gemeinden an, ehrenamtliche Präsidenten zu haben. Halbamtlich tätige Gemeindepräsidien gibt es in nur 8 Prozent der Gemeinden und 14 Prozent verfügen über vollamtlich angestellte Präsidenten und Präsidentinnen. Je grösser die Gemeinde ist, desto eher arbeiten die Präsidien vollamtlich. Bei der Besetzung des Präsidentenamtes kommt es laut Geser (1999: 450) in drei von vier Gemeinden zu keiner Kampfwahl, weil nur eine einzige Person als Kandidat oder Kandidatin zur Verfügung steht. Ob es zu einer Kampfwahl kommt, hängt interessanterweise nicht davon ab, ob es sich bei der Besetzung um ein Ehren- Halb- oder Vollamt handelt. Trotz diesem Fakt wird bei dieser Untersuchung angenommen, dass Parteien in Gemeinden mit vollamtlichen Gemeindepräsidien höhere Budgets zur Verfügung haben und mehr Geld für den Wahlkampf ausgeben als in Gemeinden mit ehrenamtlichen Präsidien.

⁵ ZH, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, BS, SH, AR, AI, SG, AG, VD, NE, GE

Tabelle 5.4: Die postulierten Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen und der Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person

Strukturvariablen der Gemeinde

Gemeindegrösse

H3: Je grösser die Gemeinde, desto weniger Geld haben die Parteien pro Person zur Verfügung.

Aktive Gruppen und Parteien

H4: Je mehr aktive Gruppen und Parteien in der Gemeinde, desto mehr Geld haben die Parteien pro Person zur Verfügung.

Urbanität

H5: Je urbaner eine Gemeinde, desto mehr Geld haben die Parteien pro Person zur Verfügung

Sprache

H6: Parteien in der Westschweiz weisen ein grösseres Durchschnittsbudget pro Person vor als Ortsparteien in der Deutschen und Italienischen Schweiz.

Strukturvariablen der Partei

Grösse der Partei

H7: Je grösser eine Partei ist, desto mehr Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung

Höhe der Mitgliederbeiträge

H8: Je höher die Mitgliederbeiträge sind, desto mehr Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung

Budgethöhe der Partei

H9: Je höher das Gesamtbudget einer Partei ist, desto mehr Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung

Parteizugehörigkeit

H10: Ortsparteien der FDP haben mehr Geld pro Person zur Verfügung als die anderen Bundesratsparteien.

Konkurrenzdruck

H11: Je mehr eine Partei bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern in Konkurrenz mit anderen Parteien steht, desto mehr Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung

Position der Partei in der Gemeinde

H12: Hat die Partei eigene Kandidaten für die Gemeindeexekutive im Wahlkampf, dann hat sie mehr Geld pro Person zur Verfügung.

H13: Je mehr Kandidaten eine Partei stellt, desto mehr Geld hat sie pro Person zur Verfügung.

H14: Je grösser der prozentuale Anteil der parteieigenen Leute in öffentlichen Ämtern (Exekutive, Legislative und anderen Kommissionen) ist, desto mehr Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung.

H15: Stellt die Partei das Gemeindepräsidium, dann hat sie mehr Geld pro Person zur Verfügung.

Variablen des politischen System

Grösse der Exekutive in der Gemeinde

H16: Je mehr Sitze in der Gemeindeexekutive zu vergeben sind, desto weniger Geld hat die Partei pro Person zur Verfügung.

Gemeindeparlament

H17: Gibt es in der Gemeinde ein Parlament, dann hat die Partei pro Person mehr Geld zur Verfügung.

Professionalisierung des Gemeindepräsidenten

H18: Arbeitet das Gemeindepräsidium vollamtlich, dann hat die Partei pro Person mehr Geld zur Verfügung.

Tabelle 5.3: Die postulierten Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen und der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person

Strukturvariablen der Gemeinde

Gemeindegrösse

H19: Je grösser die Gemeinde, desto weniger Geld geben die Parteien pro Person für den Wahlkampf aus.

Aktive Gruppen und Parteien

H20: Je mehr aktive Gruppen und Parteien in der Gemeinde, desto mehr Geld geben die Parteien pro Person für den Wahlkampf aus.

Urbanität

H21: Je urbaner eine Gemeinde, desto mehr Geld geben die Parteien pro Person für den Wahlkampf aus.

Sprache

H22: Parteien in der Westschweiz geben mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus als Ortsparteien in der Deutschen und Italienischen Schweiz.

Strukturvariablen der Partei

Grösse der Partei

H23: Je grösser eine Partei ist, desto mehr Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

Budgethöhe der Partei

H24: Je höher das Gesamtbudget einer Partei ist, desto mehr Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

Parteizugehörigkeit

H25: Ortsparteien der FDP haben mehr Geld pro Person für den Wahlkampf zur Verfügung als die anderen Bundesratsparteien.

Konkurrenzdruck

H26: Je mehr eine Partei bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern in Konkurrenz mit anderen Parteien steht, desto mehr Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

Position der Partei in der Gemeinde

H27: Hat die Partei eigene Kandidaten für die Gemeindeexekutive im Wahlkampf, dann gibt die Partei mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus.

H28: Je mehr Kandidaten eine Partei stellt, desto mehr Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

H29: Je grösser der prozentuale Anteil der parteieigenen Leute in öffentlichen Ämtern (Exekutive, Legislative und anderen Kommissionen) ist, desto mehr Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

H30: Stellt die Partei das Gemeindepräsidium, dann gibt die Partei mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus.

Variablen des politischen System

Grösse der Exekutive in der Gemeinde

H31: Je mehr Sitze in der Gemeindeexekutive zu vergeben sind, desto weniger Geld gibt die Partei pro Person für den Wahlkampf aus.

Gemeindeparlament

H32: Gibt es in der Gemeinde ein Parlament, dann gibt die Partei mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus.

Wahlverfahren der Exekutive in der Gemeinde

H33: In Gemeinden mit einem Majorzwahlssystem geben die Partei mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus als in Gemeinden mit einem Proporzwahlssystem.

Professionalisierung des Gemeindepräsidenten

H34: Arbeitet das Gemeindepräsidium vollamtlich, dann gibt die Partei mehr Geld pro Person für den Wahlkampf aus.

6 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe des Budgets

Welche der in *Kapitel 5* beschriebenen Einflussfaktoren haben nun wirklich einen Einfluss auf die Budgethöhe der Schweizer Lokalparteien? Um diese Frage beantworten zu können werden in einem ersten Schritt die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person (abhängige Variable) und den verschiedenen Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) überprüft. Die erklärungskräftigsten Variablen aus der bivariaten Analyse werden in einem zweiten Schritt mit Hilfe eines multivariaten Regressionsmodells auf ihre Gültigkeit überprüft. Für diese Analysen wird der Datensatz aus der Befragung aller Lokalparteien von 2003 verwendet.

6.1 Bivariate Zusammenhänge

In *Tabelle 6.1* sind die bivariaten Korrelationen zwischen den möglichen Einflussgrößen und der Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde dargestellt. Die Variablen der Gemeindestruktur haben alle einen signifikanten Einfluss auf die Budgethöhe, die Variablen zu der Urbanität und der Sprachzugehörigkeit haben jedoch einen so schwach Einfluss, dass sie nicht weiter diskutiert werden. Wie erwartet ist die Beziehung zwischen der Höhe des Budgets und der Gemeindegrösse negativ. Ebenfalls in negativer Beziehung steht, entgegen den getroffenen Annahmen die Anzahl der aktiven Gruppen und Parteien und die Budgethöhe. Auch einige Variablen der Parteienstruktur weisen einen signifikanten Einfluss auf die Budgethöher einer Partei auf. Die Grösse der Partei und die Höhe ihres absoluten Finanzvolumens wirken sich positiv auf die Budgethöhe pro Person aus. Eine positive Beziehung findet sich ebenfalls zwischen der Parteizugehörigkeit der FDP und der Budgethöhe. Weitere positive Beziehungen sind zwischen den Variablen, welche die Position der Partei in der Gemeinde beschreiben und der Höhe des Budgets pro Person erkennbar. Je besser die Partei in der Gemeinde vertreten ist (in Behörden, Exekutive, Parlament und bei Kandidaturen im Wahlkampf um Sitze in der Gemeindeexekutive) desto besser sind auch ihre finanziellen Verhältnisse. Eine positive Beziehung, wenn auch nur eine schwache, besteht zwischen der Höhe des Budgets einer Partei und dem Konkurrenzdruck (um Besetzung Gemeindepräsidium und Gemeindeexekutive) dem die Partei in der Gemeinde ausgesetzt ist. Zwei der drei Variablen des politischen Systems stehen in einer signifikant negativen Beziehung mit der Budgethöhe. Vor allem das Vorhandensein eines Gemeindeparlaments und die vollamtlichen Gemeindepräsidien beeinflussen die Budgethöhe negativ.

6 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe des Budgets

Tabelle 6.1: Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person und Einflussfaktoren (Bivariate Zusammenhänge)

	Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person 2003 (log)	
	Pearson's r	N
<i>Strukturvariablen der Gemeinde</i>		
Einwohner 1997	-0,243**	2187
Anzahl aktive Gruppen und Parteien	-0,243**	1564
Urbanität (Land=1, Stadt=2)	-0,081**	2179
Sprache Deutsch (0/1)	-0,075**	2179
Sprache Französisch (0/1)	0,074**	2179
Sprache Italienisch (0/1)	0,045*	2179
<i>Strukturvariablen der Partei</i>		
Grösse der Partei	0,113**	2120
Budgethöhe der Partei	0,148**	2190
Höhe der Mitgliederbeiträge	0,080**	1658
Parteizugehörigkeit FDP (0/1)	0,202**	2190
Parteizugehörigkeit CVP (0/1)	0,041	2190
Parteizugehörigkeit SVP (0/1)	0,081**	2190
Parteizugehörigkeit SP (0/1)	0,037	2190
Konkurrenz bei der Rekrutierung von Kandidaten (1/2/3)	0,014	1944
Konkurrenz bei der Besetzung des Gemeindepräsidiums (1/2/3)	0,090**	1900
Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive (1/2/3)	0,083**	1950
Konkurrenz bei der Besetzung öffentlicher Ämter (1/2/3)	-0,007	1961
Konkurrenz um neue Mitglieder (1/2/3)	0,013	1968
Partei stellt Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive (Nein=0, Ja=1)	0,290**	2157
Anzahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive	0,179**	2134
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze in der Gemeindeexekutive	0,303**	1723
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze im Gemeindeparlament	0,150*	907
Prozentualer Anteil parteieigene andere Mandate in Behörden und Kommissionen	0,225**	1212
Partei hält Gemeindepräsidium inne (Nein=0, Ja=1)	0,226**	2102
<i>Variablen des politischen System</i>		
Gemeindeparlament (Nein=0, Ja=1)	-0,111**	1919
Gesamtsitzzahl Gemeindeexekutive	-0,016	1546
Professionalisierung des Gemeindepräsidenten (1/2/3)	-0,178**	1914

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

fett**= auf dem 5%Niveau signifikant; *fett**= auf dem 1%Niveau signifikant.

6.2 Multivariates Regressionsmodell

Die Einflussfaktoren, welche sich in der bivariaten Analyse als signifikant herausstellten und deren Einfluss auf die Budgethöhe eine gewisse Stärke (mit einem Korrelationskoeffizienten von mindestens $<-0,1$ und $> 0,1$) aufwiesen, sollen nun in ein multivariates Modell einbezogen werden. Anhand eines linearen Regressionsmodells kann der Einfluss der Variablen unter Kontrolle der anderen Einflussgrössen geschätzt werden. Diejenigen Einflussfaktoren, welche einer solchen Überprüfung standhalten, können als wichtige Determinanten auf die Budgethöhe der Lokalparteien bezeichnet werden.

Tabelle 6.2: Zur Erklärung der Budgethöhe pro stimmberechtigter Person (Ergebnisse der multivariaten Regression)

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Höhe des Budgets pro stimmberechtigter Person 2003 (log)	
	Beta-Werte	Signifikanz
<i>Strukturvariablen der Gemeinde</i>		
Einwohner 1997	-0,334**	0,000 (-9,841)
Anzahl aktive Gruppen und Parteien	-0,183**	0,000 (-4,893)
<i>Strukturvariablen der Partei</i>		
Grösse der Partei	0,023	0,487 (0,696)
Budgethöhe der Partei	0,499**	0,000 (13,981)
Parteizugehörigkeit FDP (0/1)	0,126**	0,000 (4,200)
Partei stellt Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive (Nein=0, Ja=1)	0,065	0,052 (1,949)
Anzahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive	0,052	0,104 (1,628)
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze in der Gemeindeexekutive	0,077*	0,044 (2,014)
Prozentualer Anteil parteieigene andere Mandate in Behörden und Kommissionen	0,059	0,072 (1,805)
Partei hält Gemeindepräsidium inne (Nein=0, Ja=1)	0,053	0,113 (1,586)
<i>Variablen des politischen System</i>		
Gemeindeparlament (Nein=0, Ja=1)	0,007	0,827 (0,219)
Professionalisierung des Gemeindepräsidenten (1/2/3)	-0,163**	0,000 (-5,230)
R ² = 0,651 und adj. R ² = 0,413		

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

fett**= auf dem 5%Niveau signifikant; *fett**= auf dem 1%Niveau signifikant. Die Klammern enthalten die jeweiligen t-Werte.

Der gesamte Erklärungsgrad des Modells (R^2) beträgt gut 40 Prozent der Varianz. Die Regressionsanalyse bestätigt nicht alle bivariaten Zusammenhänge und die dazugehörigen Hypothesen. Die Variablen tragen jedoch unabhängig voneinander zur Erklärung der Budgethöhe pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde bei⁶. Der stärkste positive Einfluss übt die absolute Budgethöher einer Partei auf die Ausgaben pro Person aus. Ebenfalls einen starken, jedoch negativen Einfluss ist bei der Variable der Gemeindegrösse zu finden. Je grösser eine Gemeinde ist, desto weniger Geld haben die Lokalparteien pro Person zur Verfügung. Entgegen den Erwartungen hat die Anzahl der aktiven Gruppen in der Gemeinde wie auch schon im bivariaten Modell einen negativen Einfluss auf die Finanzen einer Partei. Neben diesen Variablen nimmt auch die Parteizugehörigkeit zu der FDP, wenn auch mit geringerer Bedeutung einen positiven Einfluss auf die Budgethöhe. Ebenfalls entgegen den Erwartungen wirkt sich ein vollamtliches Gemeindepräsidium negativ auf die finanzielle Situation einer Partei aus. Die hohen t-Werte dieser Variablen unterstreichen ihre signifikante Bedeutung zur Erklärung der Budgethöhe pro stimmberechtigter Person.

Die These, dass diejenigen Parteien über ein grosses Budget verfügen, welche auch eine gute Position in der Gemeinde innehaben, wird nur ganz schwach unterstützt. Unter der Berücksichtigung anderer Variablen haben die Variablen mit dem prozentualen Anteil parteieigener Sitze in der Exekutive⁷ oder prozentualer Anteil Sitze in anderen Behörden nur noch eine schwache Erklärungskraft. Die Variable der Parteiengrösse, die Variable Existenz eines Gemeindeparlaments aber auch der Fakt ob eine Partei Kandidaten in den Wahlkampf um die Gemeindeexekutive schickt oder nicht, weisen im multivariaten Modell keinen signifikanten Einfluss mehr auf.

⁶ Mit Hilfe der Kollinearitätsstatistik kann die Multikollinearität im Modell aufgedeckt werden. Diese Methode misst den Beitrag, den jede Variable zur Erklärung der abhängigen Variable leistet. Die VIF-Werte sollten bei dieser Messung nicht zu hoch ausfallen, bei Werten grösser als zwei kann von einer starken Multikollinearität gesprochen werden (Backhaus et al. 2000: 49). Die VIF- Werte im Modell sind alle kleiner als zwei und die Tolerance-Werte in Tabelle 6.2 sind > 0.5 , somit besteht keine Multikollinearität im Modell.

⁷ Die Variable mit dem prozentualen Anteil parteieigener Sitze in der Legislative musste aufgrund der starken Korrelation mit der Variable Gemeindeparlament (nein/ja) fallengelassen werden.

7 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe der Wahlkampfausgaben

Um die Frage nach den wichtigsten Einflussgrössen auf die unterschiedlich hohen Wahlkampfausgaben der Lokalparteien beantworten zu können, wird analog dem *Kapitel 6* vorgegangen. Zuerst wird nach bivariaten Zusammenhängen zwischen der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person (abhängige Variable) und den verschiedenen Einflussfaktoren (unabhängige Variablen) gesucht. Die erklärungskräftigsten Variablen aus der bivariaten Analyse werden in einem zweiten Schritt mit Hilfe eines multivariaten Regressionsmodells auf ihre Gültigkeit überprüft. Auch für diese Analysen wird der Datensatz aus der Befragung aller Lokalparteien von 2003 verwendet.

7.1 Bivariate Zusammenhänge

In *Tabelle 7.1* sind die bivariaten Korrelationen zwischen den möglichen Einflussgrössen und der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde dargestellt. Unter den Variablen der Gemeindestruktur weist die Zugehörigkeit zu der Deutschen Schweiz einen negativen Einfluss, die Zugehörigkeit zu der Französischen Schweiz einen positiven Einfluss auf die Wahlkampfausgaben auf. In urbanen Gemeinden wird entgegen den Erwartungen nicht signifikant mehr Geld für den Wahlkampf ausgegeben als in ländlichen Gebieten. Wie erwartet, ist die Beziehung zwischen der Höhe der Wahlkampfausgaben und der Gemeindegrösse negativ. Ebenfalls in negativer Beziehung steht, wie auch bei der Analyse der Budgethöhe, die Anzahl der aktiven Gruppen und Parteien und die Wahlkampfausgaben. Bei den Variablen der Parteienstruktur fallen folgende Zusammenhänge auf: Die Grösse der Partei und die Höhe ihres absoluten Finanzvolumens wirken sich positiv auf die Wahlkampfausgaben pro Person aus. Eine positive Beziehung findet sich wie schon bei der Analyse der Budgethöhe zwischen der Parteizugehörigkeit der FDP und der Ausgaben für den Wahlkampf. Die Position der Partei in der Gemeinde hat einen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Wahlkampfausgaben. Je besser die Partei in der Gemeinde vertreten ist (in Behörden, Parlament, Exekutive und bei Kandidaturen im Wahlkampf um Sitze in der Gemeindeexekutive) desto höher sind auch ihre Ausgaben bei Wahlen. Wie erwartet, wirkt sich der Konkurrenzdruck um die Besetzung des Gemeindepräsidium und der Gemeindeexekutive positiv auf die Höhe der Wahlkampfausgaben einer Partei aus.

7 Analyse und wichtige Einflussfaktoren zu der Höhe der Wahlkampfausgaben

Tabelle 7.1: Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person und Einflussfaktoren (Bivariate Zusammenhänge)

	Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person 2003 (log)	
	Pearson's r	N
<i>Strukturvariablen der Gemeinde</i>		
Einwohner 1997	-0,190**	1946
Anzahl aktive Gruppen und Parteien	-0,141**	1398
Urbanität (Land=1, Stadt=2)	0,009	1938
Sprache Deutsch (0/1)	-0,166**	1938
Sprache Französisch (0/1)	0,148**	1938
Sprache Italienisch (0/1)	0,073**	1938
<i>Strukturvariablen der Partei</i>		
Grösse der Partei	0,098**	1889
Budgethöhe der Partei	0,146**	1949
Höhe der Mitgliederbeiträge	0,019	1494
Parteizugehörigkeit FDP (0/1)	0,196**	1949
Parteizugehörigkeit CVP (0/1)	0,077**	1949
Parteizugehörigkeit SVP (0/1)	-0,034	1940
Parteizugehörigkeit SP (0/1)	-0,045*	1949
Konkurrenz bei der Rekrutierung von Kandidaten (1/2/3)	0,036	1751
Konkurrenz bei der Besetzung des Gemeindepräsidiums (1/2/3)	0,077**	1711
Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive (1/2/3)	0,137**	1755
Konkurrenz bei der Besetzung öffentlicher Ämter (1/2/3)	0,021	1766
Konkurrenz um neue Mitglieder (1/2/3)	0,026	1772
Partei stellt eigene Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive (Nein=0, Ja=1)	0,280**	1924
Anzahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive	0,163**	1907
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze in der Gemeindeexekutive	0,240**	1568
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze im Gemeindeparlaments	0,184**	826
Prozentualer Anteil parteieigene andere Mandate in Behörden und Kommissionen	0,174**	1105
Partei hält Gemeindepräsidium inne (Nein=0, Ja=1)	0,175**	1881
<i>Variablen des politischen System</i>		
Gemeindeparlament (Nein=0, Ja=1)	-0,001	1711
Gesamtsitzzahl Gemeindeexekutive	-0,039	1410
Wahlverfahren für Exekutive (1=Majorz, 2=Proporz)	0,124**	1664
Professionalisierung des Gemeindepräsidenten (1/2/3)	-0,083**	1708

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

fett**= auf dem 5%Niveau signifikant; *fett**= auf dem 1%Niveau signifikant.

Unter den Variablen des politischen Systems sind zwei Zusammenhänge signifikant. Eine positive Beziehung ist zwischen dem Proporzwahlverfahren und der Höhe der Wahlkampfausgaben erkennbar. Dieser Zusammenhang entspricht nicht der Hypothese 33, welche bei der Majorzwahl höhere Wahlkampfausgaben prognostizierte. Die Grösse des Gemeindeparlaments und die vollamtlichen Gemeindepräsidenten beeinflussen die Ausgaben für den Wahlkampf negativ.

7.2 Multivariates Regressionsmodell

Tabelle 7.2: Zur Erklärung der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person (Ergebnisse der multivariaten Regression)

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person 2003 (log)	
	Beta-Werte	Signifikanz
<i>Strukturvariablen der Gemeinde</i>		
Einwohner 1997	-0,340**	0,000 (-8,237)
Anzahl aktive Gruppen und Parteien	-0,047	0,238 (-1,180)
<i>Strukturvariablen der Partei</i>		
Budgethöhe der Partei	0,442**	0,000 (10,890)
Parteienzugehörigkeit FDP (0/1)	0,171**	0,000 (5,014)
Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive (1/2/3)	0,073*	0,035 (2,113)
Partei stellt Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive (Nein=0, Ja=1)	0,087*	0,021 (2,316)
Anzahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive	0,052	0,151 (1,438)
Prozentualer Anteil parteieigene Sitze in der Gemeindeexekutive	0,093*	0,029 (2,189)
Prozentualer Anteil parteieigene andere Mandate in Behörden und Kommissionen	0,045	0,230 (1,200)
Partei hält Gemeindepräsidium inne (Nein=0, Ja=1)	0,052	0,168 (1,379)
<i>Variablen des politischen System</i>		
Wahlverfahren für Exekutive (1=Majorz, 2=Proporz)	0,073*	0,041 (2,046)
R ² = 0,568 und adj. R ² = 0,310		

Quelle: Eigene Berechnungen aus der Längsschnittsstudie 1989-2003.

fett**= auf dem 5%Niveau signifikant; *fett**= auf dem 1%Niveau signifikant. Die Klammern enthalten die jeweiligen t-Werte.

Auch in dieser Analyse werden wiederum diejenigen Einflussgrößen in ein multivariates Modell einbezogen, welche sich in der bivariaten Analyse als signifikant herausstellten und deren Einfluss auf die Höhe der Wahlkampfausgaben eine gewisse Stärke (mit einem Korrelationskoeffizienten von mindestens $<-0,1$ und $> 0,1$) aufwiesen.

Diejenigen Variablen, welche auch unter Kontrolle der anderen Einflussgrößen einen signifikanten Einfluss vorweisen, können als wichtige Determinanten der Höhe der Wahlkampfaufwendungen der Lokalparteien bezeichnet werden.

Der gesamte Erklärungsgrad des Modells (R^2) ist mit gut 30 Prozent der Varianz etwas kleiner als der Erklärungsgrad der Budgethöhe in *Kapitel 6*. Die Regressionsanalyse bestätigt nicht alle bivariaten Zusammenhänge. Einige Variablen können jedoch mit ihren hohen t -Werten als hoch signifikant bezeichnet werden, und sie tragen unabhängig voneinander zur Erklärung der Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person bei⁸.

Auch bei der Erklärung der Wahlkampfausgaben liefert die absolute Budgethöhe einer Partei den stärksten Beitrag. Je grösser das absolute Budget einer Partei ist, desto mehr Geld gibt sie für den Wahlkampf aus. Ebenfalls einen starken jedoch negativen Einfluss weist die Variable Gemeindegrösse vor. Je grösser eine Gemeinde ist, desto weniger Geld geben die Lokalparteien pro Person für die Wahlwerbung aus. Anders als bei der Erklärung der Budgethöhe nimmt die Anzahl der aktiven Gruppen in der Gemeinde keinen Einfluss auf die Wahlkampfausgaben. Die Parteizugehörigkeit der FDP bleibt auch in diesem Modell einen wichtigen Erklärungsfaktor.

Weniger starke Einflussfaktoren sind weiter die Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive, der Fakt, ob eine Partei eigene Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive stellt, der prozentuale Anteil parteieigener Sitze in der Gemeindeexekutive und das Wahlverfahren für die Exekutive.

So wirkt sich beispielsweise eine starke Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive sowie das Vorhandensein von parteieigenen Kandidaturen positiv auf die Höhe der Wahlkampfausgaben aus.

Der Fakt ob die Partei das Gemeindepräsidium innehält oder nicht, verliert im multivariaten Modell seinen Einfluss auf die Höhe der Wahlkampfausgaben.

⁸ Die VIF- Werte im Modell sind alle kleiner als zwei und die Tolerance-Werte in Tabelle 7.2 sind $> 0,6$, somit besteht keine Multikollinearität im Modell. Aufgrund der starken Korrelationen mit anderen Variablen im Modell mussten jedoch die Variablen Sprachzugehörigkeit Französisch und Deutsch sowie die Variable prozentualer Anteil parteieigener Sitze in der Legislative ausgeschlossen werden.

8 Schlussfolgerungen

Im Zentrum dieser Arbeit stand das Budget und die Wahlkampfausgaben der Lokalparteien in der Schweiz. In einem ersten Teil wurde der Frage nachgegangen, ob sich die Budgethöhe sowie der prozentuale Anteil des Budgets für die Wahlkampfausgaben im vergangenen Jahrzehnt (1989-2003) verändert hat.

Die empirische Untersuchung des durchschnittlichen Budgets der Ortsparteien und der Ausgaben pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde zeigte über die untersuchte Zeitspanne mehr oder weniger stagnierende Werte auf. Diese Entwicklung entspricht somit der allgemeinen Wirtschaftslage in der Schweiz. Die Veränderung der finanziellen Situation der Parteien ist sehr klein, die Zahlen variieren um wenige Hundert Franken. Das durchschnittliche Budget hat im Wahljahr real um knapp einen Zehntel und im Nicht-Wahljahr um knapp einen Fünftel zugenommen. Eine interessante Tendenz zeigt der Vergleich der Ausgaben pro stimmberechtigter Person auf: In Wahljahren geben die Parteien real auch in dieser Kategorie pro Person knapp einen Zehntel mehr aus als im Jahre 1989. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Person in Nicht-Wahljahren sind jedoch von real Fr. 1.40 auf Fr. 1.30 gesunken.

Die Frage, ob die Parteien heute mehr Geld für den Wahlkampf ausgeben als 1989, kann in dieser Arbeit nicht abschliessend beantwortet werden. Es ist kaum möglich, die Aufwendungen der Parteien für die Wahlwerbung vollständig zu erfassen. Auf nationaler Ebene werden die Wahlen vorwiegend über ausserordentliche Spenden finanziert, welche nicht im normalen Budget aufgeführt sind (Brändle 2001: 181). Es ist anzunehmen, dass auch ein Teil der Lokalparteien ihre Wahlkampfausgaben über nichtreguläre Budgets finanziert. Der Vergleich der Ausgaben aus dem hier untersuchten regulären Budget im Jahre 1989 und 2003 zeigt auf, dass die prozentualen Aufwendungen für den Wahlkampf über alle Parteien hinweg nur um gut ein Prozent gestiegen sind. Auch bei den Wahlkampfausgaben kann also über alle Lokalparteien hinweg von stagnierenden Werten gesprochen werden.

Im zweiten Teil der Arbeit wird mit Hilfe einer statistischen Analyse nach den Determinanten der Budgethöhe und Wahlkampfausgaben gesucht. Dabei ging es nicht mehr um einen Vergleich über die Zeit, es wurden lediglich die aktuellen Daten aus dem Jahre 2003 untersucht. Die zwei stärksten Einflussfaktoren für die Höhe des Budgets und die Höhe der Wahlkampfausgaben pro stimmberechtigter Person sind wenig spektakulär. Zum einen beeinflusst die absolute Budgethöhe sowohl die Budgetausgaben wie auch die Wahlkampfausgaben pro Person positiv. Zum anderen ist die Gemeindegrösse entscheidend: Je grösser

eine Gemeinde ist, desto weniger können die Ortsparteien pro Einwohner ausgeben. Die Parteilugehörigkeit zu der FDP nimmt als dritte wichtige Variable auf beide zu erklärende Grössen einen signifikant positiven Einfluss. Weiter wurde festgestellt, dass mit steigender Anzahl parteieigener Politiker und Politikerinnen in der Gemeindeexekutive, der finanzielle Aufwand einer Partei im Wahlkampf, aber auch im Allgemeinen ansteigt.

Neben diesen gemeinsamen Einflussfaktoren konnten für die Budgethöhe und die Wahlkampfausgaben weitere unterschiedliche, jedoch relativ schwache Einflussgrössen eruiert werden. Ein vollamtliches Gemeindepräsidium wirkt sich beispielsweise tendenziell negativ auf die Budgethöhe pro Person aus. Steht eine Partei in starker Konkurrenz um die Sitze in der Gemeindeexekutive, dann tätigt sie eher grössere Wahlkampfausgaben pro Person.

Spezifische Faktoren aus dem politischen System oder Faktoren, die die Position der Partei in der Gemeinde beschreiben, haben jedoch fast keine Erklärungskraft. Die Höhe des Budgets und die Höhe der Wahlkampfausgaben pro Person werden vorwiegend vom Faktor der Gemeindegrösse, vom absoluten finanziellen Volumen der Partei sowie von der Parteilugehörigkeit der FDP bestimmt.

Bibliographie

Literatur

- Backhhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulf/Weiber, Rolf** (2000). Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Neunte überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Brändle, Michael** (2001). Die finanziellen Mittel der Parteien, in Ladner, Andreas/Brändle, Michael. Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo: 149-192.
- Brändle, Michael** (2002). Strategien der Förderung politischer Parteien. Eine vergleichende Untersuchung der Parteienförderung in der Schweiz, Grossbritannien und den Niederlanden. Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt.
- Bundesamt für Statistik** (Hrsg.) (2003). Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2003. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Bundesrat** (1988). Bericht über die Unterstützung der politischen Parteien. Bern: Bundeskanzlei.
- Downs, Anthony** (1968). Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Drysch, Thomas** (1998). Parteienfinanzierung. Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich.
- Eidgenössisches Departement für Volkswirtschaft** (2002). Der Wachstumsbericht. Determinanten des Schweizer Wirtschaftswachstums und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Bern.
- Geser, Hans/Ladner, Andreas/Schaller, Roland/Ballmer-Cao, Thanh-Huyen** (1994). Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo.
- Geser, Hans** (1999). Die Gemeinden in der Schweiz, in: Klöti, Ulrich et al (Hrsg.), Handbuch der Schweizer Politik. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung: 421-468.
- Gruner, Erich** (1977). Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage. Bern: Francke.
- Kriesi, Hanspeter** (1995). Le système politique suisse. Paris: Economica.
- Ladner, Andreas** (1991). Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Zürich: Seismo.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael** (1999). Parteienförderung in der Schweiz. Analyse und Vorschläge. Schlussbericht. Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- Ladner, Andreas/Brändle, Michael** (2001). Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen? Zürich: Seismo.
- Mair, Peter/Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz** (Hrsg.) (1999). Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien: Signum Verlag.
- Mankiw, N. Gregory** (1999). Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

- Mühleisen, Hans-Otto** (Hrsg.) (1986). Das Geld der Parteien. Parteienfinanzierung zwischen staatspolitischer Notwendigkeit und Kriminalität. München und Zürich: Schnell&Steiner.
- Nassmacher, Karl-Heinz** (1986). Die Parteifinanzierung in westlichen Demokratien. Eine vergleichende Analyse, in: Mühleisen, Hans-Otto (Hrsg.) (1986). Das Geld der Parteien. Parteienfinanzierung zwischen staatspolitischer Notwendigkeit und Kriminalität. München und Zürich: Schnell&Steiner: 38-56.
- Nassmacher, Karl-Heinz** (1992). Parteifinanzien im westeuropäischen Vergleich. Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 23(3): 462-488.
- Nassmacher, Karl-Heinz** (Hrsg.) (2001). Foundations for Democracy. Approaches to Comparative Political Finance. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Nohlen, Dieter** (2000). Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage. Opladen: Leske & Budrich.
- Plasser, Fritz** mit **Plasser, Gunda** (2002). Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich. Wien: WUV-Univ.-Verlag.
- Schaller, Roland** (1994). Die Kommunalparteien und das Geld, in Geser, Hans et al.. Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo: 225-245.
- Wooldridge, Jeffrey M.** (2003). Introductory Econometrics. A Modern Approach, 2e. Ohio: Thomson, South-Western.

Quellen

- Bundesamt für Statistik** (2003). Landesindex der Konsumentenpreise, <http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber05/dtfr05.htm> (17.09.2003).
- Geser, Hans/Ladner, Andreas/Meuli, Urs/Schaller, Roland** (2003). Vierzehn Jahre Politischer Wandel. Ergebnisse einer Längsschnittsstudie bei 2'500 lokalen Parteisektionen (1989-2003), <<http://www.socio.ch/par/index.html>> (25.09.2003).

Anhang

1. Operationalisierung

Die abhängige Variablen

Die Analysen in *Kapitel 6* und *Kapitel 7* hatten zum Ziel, die unterschiedliche Budgethöhen und Wahlkampf Ausgaben der Lokalparteien zu erklären. Die abhängigen Variablen sind somit die Budgethöhe und die Wahlkampf Ausgaben der Parteien pro stimmberechtigter Person in einer Gemeinde. Diese Grössen werden aus der Befragung der Lokalparteien aus dem Jahre 2003 berechnet. Die Parteipräsidenten machten Angaben zu der absoluten Budgethöhe in einem Wahljahr (p30a) und schlüsselten die prozentualen Anteile für die wichtigsten Ausgabeposten in ihrem Wahljahresbudget auf (p33). Die absolute Budgethöhe und der absolute Betrag für die Wahlkampf Ausgaben werden durch die Anzahl stimmberechtigter Einwohner in der Gemeinde dividiert. Die Werte Budgethöhe pro stimmberechtigte Person und Wahlkampf Ausgabe pro stimmberechtigter Person werden aufgrund der sehr breiten Streuung für die bivariate und multivariate Analyse logarithmiert (Wooldridge 2003: 189).

Die unabhängigen Variablen

Um die abhängigen Variablen erklären zu können, werden eine Reihe von unabhängigen Variablen getestet. Alle in *Kapitel 6* und *7* überprüfte Erklärungsgrössen stammen aus dem Datensatz der Längsschnittsstudie 1989-2003. Die Variablen *Einwohner 1997*, *Anzahl aktive Gruppen und Parteien*, *Urbanität* (Land=1, Stadt=2), *Sprache Deutsch*, *Sprache Französisch*, *Sprache Italienisch*, *Professionalisierung des Gemeindepräsidenten* (1=nebenamtlich/ 2=halbvollamtlich/ 3=vollamtlich), *Gemeindeparlament* (Nein=0, Ja=1), *Wahlverfahren für Exekutive* (1=Majorz, 2=Proporz) werden direkt aus dem Datensatz der Längsschnittsstudie 1989-2003 entnommen und verwendet. Die Variable zu der *Grösse der Partei* wird aus der Frage (p15) nach der Anzahl der Mitglieder der Ortspartei gebildet. Bei den Einflussgrössen *Budgethöhe der Partei* (p30) und *Höhe der Mitgliederbeiträge* (p32) werden die Antworten über die absoluten Beträgen der Parteipräsidenten direkt in eine Variable integriert, wobei die Angaben zur der Budgethöhe wiederum aus einem Wahljahr stammen. Die Variable zu der *Parteizugehörigkeit* (p2) wurden folgendermassen kodiert: die *Parteizugehörigkeit FDP* enthält die Kategorien alle Parteien ohne die FDP (0) und alle FDP-Ortsparteien (1). Dieselbe Kodierung wurde für die anderen Bundesratsparteien CVP, SVP und SP übernommen. Die Variablen zum Konkurrenzdruck wurden aus der Frage p65 gebildet. Die Variablen

Konkurrenz bei der Rekrutierung von Kandidaten, Konkurrenz bei der Besetzung des Gemeindepräsidiums, Konkurrenz bei der Besetzung der Gemeindeexekutive, Konkurrenz bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Konkurrenz um neue Mitglieder enthalten jeweils die Antwortkategorien keine Konkurrenz (1), mässige Konkurrenz (2) und starke Konkurrenz (3). Die Variable *Partei stellt Kandidaten bei Wahl der Gemeindeexekutive* (p53) ist dichotom und weist die Kategorien Nein (0) und Ja (1) auf. Die Variable *Anzahl der parteieigenen Kandidaturen für die Gemeindeexekutive* (p53) gibt den absoluten Wert der angegebenen Kandidaturen wieder.

Die Einflussgrössen zu der Position der Partei in der Gemeinde wurden der Frage p55 entnommen. Die Angaben zu den absoluten Zahlen der *parteieigenen Sitze in der Gemeindeexekutive*, den *parteieigenen Sitze im Gemeindeparlament* und den *parteieigenen anderen Mandate in Behörden und Kommissionen*, wurden zu einem Prozentwert der Gesamtanzahl Sitze in einer Gemeinde (Exekutive, Legislative und Behörden) berechnet. Die Variable *Partei hält Gemeindepräsidium inne* (p58) ist dichotom mit den Kategorien Nein (0) und Ja (1). Die Variablen *Gesamtsitzzahl Gemeindeexekutive* und *Gemeindeparlament* (p55) geben den absoluten Wert der Sitzzahl wieder.

2. Die Befragung

Als Datengrundlage für alle Berechnungen dieser Untersuchung dienen die Ergebnisse einer Längsschnittstudie bei 2'500 lokalen Parteisektionen (1989-2003). Das Forschungsprojekt „Vierzehn Jahre Politischer Wandel“ von Geser et al (2003) hat zum Ziel den Politischen Wandel anhand der Schweizer Lokalparteien auf der Basis empirischer Forschungsergebnisse zu untersuchen und dokumentieren. Die Datengrundlage bildet dabei die Längsschnittstudie von 1989 bis 2003. Das Projektteam um Geser führte zwei schriftliche Umfragen bei allen Parteipräsidenten und –präsidentinnen der Schweizer Lokalpartien durch. Die Befragungen fanden 1989 und 2002/2003 statt und es nahmen jeweils etwa 2600 Ortsgruppen daran teil.

Die Stichprobengrössen der Umfragen (Grundgesamtheit ca. 5000) sind in *Tabelle Anhang* dargestellt. Die Rücklaufquote liegt sowohl bei der Befragung von 1989 und 2002/03 in etwa um die 50 Prozent.

In beiden (praktisch identischen) Fragebogen wurden die Informanten gebeten, über die ideologischen und sachpolitischen Orientierungen, die Anhängerstruktur, die Finanzierung, die Binnenorientierung und die politischen Aktivitäten ihrer Gruppierung Auskunft zu geben.

Tabelle Anhang: Die Stichproben der Befragungen 1989 und 2003/03 (Grundgesamtheit ca. 5'000 Ortsgruppen)

	1989	2002/2003
deutsch	2039	1994
französisch	336	399
italienisch	263	262

Quelle: Geser et al. (2003).

3. Der Fragebogen aus dem Jahr 2003

(siehe nächste Seite)